

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Josefov 100.

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abschließung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Freitag, 17. Oktober 1924.

Nr. 245.

Bereit, die Bruderhand zu reichen . . .

Seitdem die deutschen Nationalsozialisten die Kampfgenossenschaft mit den Deutschnationalen gelöst haben, bewegen sich die Führer dieser beiden Parteien recht ausdauernd und ausgiebig mit Mist und mit Knochäpfeln. Kein Kenner des Wesens dieser Parteien konnte den Kampf, der zwischen ihnen entbrannt war, ernst nehmen. Es ist nichts als ein Froschmäulerkrieg, ein Konkurrenzkampf zweier von Reich und Wohlstand erfüllter Verschleißer von Poselware, der die innige Seelengemeinschaft der beiden keinen Augenblick verkennen ließ. Es ist die Auseinandersetzung zweier Brüder, von denen der eine ebensoviel wert ist wie der andere. Vor zwei Jahren, als der deutsche parlamentarische Verband gesprengt wurde, galt nach nationalsozialistischer Auffassung dessen Ende als „der Anfang der Proletarisierung unseres Volkes, der Anfang des Kampfes um die Freiheit“. Und die Zeit, da die deutsch-bürgerlichen Parteien, inklusive der Deutschen, in einer Front die Politik des verbliebenen Nationalverbandes betrieben, wurde als „das Ende einer traurigen Epoche der deutschen Politik“ bezeichnet. Jetzt heißt es anders: „Wir deutschen Nationalsozialisten verstanden nicht täglich und stündlich unser Zukunftsziel, sondern rücken jene Dinge in den Vordergrund, die durch die zusammengefaßte Kraft auch verwirklicht werden können.“ Jetzt sprechen sie von „Gegenwartsfragen“, während sie früher den Kampf um die Gegenwartsfragen als Politik der Loyalität, der Versöhnung und des Ausgleichs, sowie der „Canossagänge“ verhöhnten. Die deutsche Nationalpartei, die von allen deutsch-bürgerlichen Parteien alle Gegenwartsaufgaben negiert und jenem Radikalismus huldigt, der früher auch den Deutschen als die einzig richtige Politik erschien, geben den Nationalsozialisten viel zu schaffen und diese haben alle Hände voll zu tun, um sich der Angriffe dieser Konkurrenten im nationalen Sinn auszuwehren.

So hielt denn der Abgeordnete Jung auf dem vor einigen Tagen in Fulda abgehaltenen Landesparteitag der nationalsozialistischen Nationalsozialisten über deren Stellung zu den anderen Parteien eine Rede, in der er nachzuweisen suchte, die Nationalpartei wäre auf schlechtem Wege, wäre „geradezu Schrittmacher des immer schärfer einsetzenden Vergewaltigungssystems“, während die nationalsozialistische Partei allein das Patent für die richtige Führung der deutschen Politik im Staate besitze. Mit einigem Erstaunen nimmt man wahr, wie Herr Jung dabei über den „Wortradikalismus“ der Deutschen Nationalpartei herfiel:

„Mit dem Munde Wälder anzuzünden und Sensen und Drehschlegel losgehen zu lassen, betrachten wir noch lange nicht als Kennzeichen besonders radikaler Politik, insbesondere wenn wir wissen, daß die Kreise, auf welche die Drehschlegelgeschwinger sich stützen, alles andere denn radikal sind. Ueberdies raten wir den Heißspornen im Lager der Nationalpartei, sich ihre „Bruderparteien“ im Reich und in Deutschösterreich näher zu beschauen. Sie werden es nach deren Tätigkeit und nach den verschiedenen örtlichen Entstellungen ihrer Parteigenossen hierzulande begreiflich finden, daß wir auch von ihnen erst einen Beweis für das Ausbarren bis zum Ende zu fordern berechtigt sind.“

Dieser Nachweis sei bis heute nicht erbracht worden, dennoch sei die Nationalpartei — „wenigstens soweit ihre führenden Personen in Betracht kommen“ — der gefährlichste Gegner der Nationalsozialisten. Mit „dem Munde Wälder anzuzünden“ und „Sensen und Drehschlegel losgehen zu lassen“ — ausgerechnet Herr Jung will einen solchen Wortradikalismus verpönten sehen! Er sieht ihn nicht als ein Kennzeichen besonders radikaler Politik an, dennoch zündete auch er noch vor

Fortdauer der deutschen Regierungskrise.

Die Verhandlungen mit den Fraktionen gescheitert. — Erweiterung des Kabinetts durch „neutrale“ Persönlichkeiten?

Berlin, 16. Oktober. (Eigenbericht.) Die Zentrumsfraktion hat heute einstimmig eine Entschließung ihres Vorstandes angenommen, die eine Darstellung der bisherigen Entwicklung der Krise gibt und auseinanderlegt, wie alle Lösungsversuche gescheitert seien. Infolgedessen wurde dem Reichkanzler die volle Entscheidungsmacht zurückgegeben und ihm anheimgestellt, im äußersten Falle auch die Auflösung des Reichstages vorzunehmen.

Darauf empfing der Reichkanzler die Fraktionsführer der Koalitionsparteien. Nach Bekanntgabe des Beschlusses der Zentrumsfraktion stellte der Reichkanzler in Übereinstimmung mit den Parteiführern fest, daß er weitere Verhandlungen mit den Fraktionen über die Erweiterung der Regierung für aussichtslos halte. Die Regierung behalte sich ihre weiteren Entschlüsse vor.

Allerdings ist immer noch nicht zu erwarten, daß die Koalitionsparteien aus dieser Lage die Konsequenzen ziehen und die Auflösung des Reichstages veranlassen werden. Im Gegenteil trägt sich das Zentrum mit dem Gedanken, sogenannte neutrale Persönlichkeiten zum Eintritt in das Kabinett zu veranlassen. Der Reichkanzler soll dann mit dieser durch sogenannte Fachmänner erweiterten Regierung vor den Reichstag treten. Es ist selbstverständlich, daß er sich um Fachminister handeln würde, die nicht etwa der Sozialdemokratie, sondern den Deutschnationalen angenehm wären und in erster Linie deren Opposition beschwichtigen sollen. Das wäre aber nichts anderes als ein schlecht verpackter Bürgerkrieg. Die Sozialdemokratie wird natürlich sofort schärfste Kampfstellung gegen eine solche Regierung einnehmen, die nur die Verlegenheiten der bürgerlichen Parteien darüber verschleiern soll, daß es ihnen trotz vierzehntägiger Verhandlungen nicht gelungen ist, ein Kabinett, das eine feste Mehrheit hinter sich hätte, zustande zu bringen.

Nationales Heldentum.

Hagen, 15. Oktober. (Wolff.) Wie die „Westdeutsche Volkszeitung“ berichtet, kam es in einer heute abends von der Friedensgesellschaft einberufenen Versammlung während der Rede des Freiherren von Schönau zu Schlägereien zwischen Anhängern und Gegnern der Friedens-

kurzem „mit dem Munde Wälder an“ und schwingen die niemals losgehenden „Drehschlegel“. Aber die Gegenfrage werden, so hofft Herr Jung, nicht immer bestehen und seine Partei ist, wie er versichert, immer geneigt, „dem anders gesinnten Volksgenossen die Bruderhand zu reichen“. Vorläufig aber geht der Froschmäulerkrieg weiter, es gilt ja für beide, bis zu den Wahlen dem anderen möglichst viele Wähler abzugagen.

Daß die Nationalsozialisten von der irreidentischen Politik der Nationalpartei vorläufig abgeschwenkt sind, hat keinen Grund in der buntschiedigen Zusammenziehung dieser Partei, die sich großmäulig als „Baumeister einer neuen Welt“ bezeichnet, die aber nur ein Produkt der Nachkriegszeit ist, ein buntes Gemischel, das Angehörige des Mittelstandes, verarmte Kleingewerbetreibende, berufslose ehemalige Soldaten und Offiziere, Teile der Intellektuellen und ihre Zuwendung schließlich auch eine Gruppe vom Klassenheer des Proletariats abgeirrter Arbeiter umfaßt. Da gibt es Leute, die den Nihilismus des Abenteuer- und Freibeutertums zur Doktrin erhoben sehen wollen, andere, deren Politik sich auf die Erinnerung an Karl May-Lektüre gründet und denen kein Radikalismus zu radikal ist. Es gibt darinnen aber auch solche, besonders aus den Beamenschichten, die ängstlich sind, um ihre Existenz zittern, die jede linke Richtung in der Partei als Gefährdung ihrer Person ansehen und die sehnlichst wünschen, daß eben „auf die Gegenwartsaufgaben“ Bedacht genommen werde. Daraus ergibt sich das Weltanschauungskonglomerat, das sich in der nationalsozialistischen Partei vereinigt und sie zum Ein- und Herbschwanken nach Art einer Weiserfahne geneigt macht. So taumelt das nationalsozialistische Gebilde zwischen Scylla und Charibdis, zwischen Rücksichtnahme auf gewisse Gruppen ihrer Anhänger und zwischen der Neigung zur Großmäuligkeit umher. Alles ist bei ihm so bunt und so voll Widerspruch, wie es eben Kleingewerbe und Großindustrie sind, Offiziere und Kapitalrentner, Arbeiter und Kleinbürger und alle in dieser Partei vertretenen Gesellschaftsschichten. Sie soll den ihr zugelaufenen Arbeitern Rechnung tragen, dabei muß sie auf die Großindustriellen Rücksicht

gesellschaft, die in einem allgemeinen Einmüt aus-
weise, so daß die Polizei die Versammlung auf-
löste und den Saal räumen mußte. Eine Reihe
von Personen wurde festgenommen. Der franzö-
sische General Ferragut, der in der Versamm-
lung ebenfalls sprechen wollte, kam infolge der
Auflösung nicht zum Worte.

nehmen — Silber und Lubendorff könnten
darüber viel erzählen! — welche das national-
sozialistische Landvolk finanziert; die
Partei soll das Kapital belampfen, muß aber
auf das Industriekapital Rücksicht nehmen und
darf nur so nebenbei von „Brechung der Zins-
furchenschaft“, „Bekämpfung des Banken- und
Vorkapitalismus“ reden, muß ein zahloser
Kund bleiben, dessen Biß nicht wehe tut. Sie
spricht von deutscher Volksgemeinschaft, als aber
die deutsche Industrie, das „schaffende“ Kapital,
die deutsche Dollaranleihe sabotierte und als
Stinnes deutschen Besitz an den französischen
„Erbschind“ verschoberte, wagte sie mit keinem
Wort, mit keiner Silbe und mit keinem Ton
dieses Verhalten ihrer Protektoren zu geißeln
und zu brandmarken.

Der bürgerlichen deutschnationalen
Partei wollen also Herr Jung und seine Ge-
sinnungsgenossen gerne wieder „die Bruder-
hand reichen“. Es steht ja gar nicht so
viel zwischen ihnen und mit der Feindschaft ist
es nicht gar so arg bestellt, denn man weiß
ja, wieviele „Belange“ sie miteinander ver-
binden. Dagegen erklärte Jung: „Wir
müssen zur Erfüllung unserer
geschichtlichen Sendung ständig
den Kampf mit den Marxisten
führen.“ Diese „geschichtliche Sendung“
und diese Feindschaft ist echt und dauernd,
nicht so wie jene, nur vorübergehend, die sie
gegenwärtig von den Brüdern der National-
partei scheidet. Und diese Feindschaft beruht
auf Gegenseitigkeit! Die deutsche Arbeiterschaft
weiß, daß sie in der nationalsozialistischen
Partei die Preisfechterin des deutschen Bürger-
tums, des deutschen Kapitalismus zu sehen hat,
und daß der nationalsozialistische Gedanke nur
bedeutet, mit den Mitteln der Gewalt jene
Vergangenheit zurückzuführen, die uns diese
Gegenwart beschert hat! Nicht auch, ihr Brüder,
trotz der Bakerei, die ihr wieder gegenwärtig
aufführt, nur wieder die Bruderhand! Das
arbeitende Volk hat euch niemals anders denn
als Brüder gewertet, euch, die das Schand-
mal des Galtenkreuzes einigt und die ihr trotz
v. schiedener Namen doch nur das eine
: die bornierte, enghirnigsten
und haßerfülltesten Gegner des
Emanzipationskampfes der Ar-
beiterschaft!

Der Kampf der Porzellanarbeiter.

Heute neue Verhandlungen.

Karlsbad, 16. Oktober. (Eigenbericht.) In
den nächsten Stunden werden die Verhandlungen
zwischen dem Arbeitgeberverband der Porzellan-
industriellen und der Arbeiterschaft über den be-
stehenden Lohnkonflikt weitergeführt werden. Aus
der gestrigen Zuschrift des Arbeitgeber-
verbandes ist noch nachzutragen, daß derselbe
nie und nimmer beabsichtigt habe, die Arbeiter
unter dem jetzt bestehenden Lohnniveau zu ent-
lohnen.

In der Antwort an den Arbeitgeberver-
band wurde hervorgehoben, daß eine solche Behauptung
von Seiten des Keramikarbeiterverbandes nie ge-
macht worden ist. Dessen Auffassung war und ist
heute noch, daß die Auswirkung besonders der
ersten Vorschläge der Unternehmer eine starke
Herabsetzung der Afford- und Stundenlöhne nach
sich gezogen hätte und in seiner logischen Kon-
sequenz zu einer weiteren Herunterdrückung des
Lohnniveaus hätte führen müssen. Die Arbeiter-
schaft hat bei der großen Mehrzahl der Unter-
nehmer das eifrige Vorgehen wahrgenommen, die
alten Löhne, welche durchschnittlich 30 bis 40 Pro-
zent über dem Minimallohn standen, immer
mehr und mehr auf die Minimallohnhöhe herab-
zudrücken. Es ist leider eine feststehende Tatsache,
daß ein Anzahl von Unternehmern es fertig-
gebracht hat, die Lohnsätze sogar unter die Mini-
mallohnhöhe herunterzusetzen. Der Verbandsvorstand
des Keramikarbeiterverbandes hat in seiner Sitzung
vom 15. Oktober erklärt, daß er bereit ist, die
Verhandlungen weiterzuführen. Bei dieser Ge-
legenheit ist der Arbeitgeberverband noch einmal
darauf aufmerksam gemacht worden, daß im Falle,
als eine Einigung auf der vorgelegten Basis
nicht möglich ist, der zweite Vorschlag in ernst-
liche Erwägung gezogen werde. Eine Lohnerhöhung
ist in jener Weise vorzunehmen, wie feinerzeit der
Lohnabbau durchgeführt wurde.

Auf Grund dieser Antwort erhielt der Keramik-
arbeiterverband die Mitteilung, daß der Arbeit-
geberverband bereit ist, Freitag den 17. Oktober
eine Unterhandlung anzubahnen, wo neuerdings
der Versuch gemacht werden soll, über die be-
stehenden Widerstände hinwegzukommen. An die
Arbeiterschaft ergeht nun die Mahnung, alles zu
tun, damit der Konflikt zu einem erfolgreichen
Ende geführt werden kann.

Ein Kabinett Davidović in S. H. S. ?

Belgrad, 16. Oktober. Im Laufe des Vor-
mittags empfing der König die Parteiführer
Basić, Davidović und Karosic. Zu
politischen Kreisen glaubt man, daß Basić auf
Verlangen der Krone seine Einwilligung zur
Teilnahme der Radikalen an einem Konzentra-
tionskabinett Davidović geben werde, in
welches auch die Kroaten eintreten würden. In
diesem Falle würde Davidović noch im Laufe des
Tages das Mandat zur Bildung dieses Konzen-
trationskabinetts erhalten.

Straßenkämpfe und Brände in Kanton.

London, 16. Oktober. „Times“ berichtet aus
Hongkong, daß die Aufregungen Sun-Yat-Sens,
mit Gewalt den Streik der Kaufleute zu unter-
drücken, in Kanton zu ernstlichen Kämpfen geführt
haben, die gestern früh begannen. Die frei-
willigen Verbände der Kaufleute hatten die Trup-
pen in Straßenkämpfe verwickelt und sie den
ganzen Tag über von Parafäden aus unter Feuer
genommen. Man nehme an, daß sich die Aus-
länder nicht in Gefahr befinden. In zahlreichen
Teilen der Stadt sind Brände ausgebrochen. Die
erschrockenen Einwohner flüchteten.

Hongkong, 16. Oktober. Die Marinebehörden
haben aus Kanton eine Radiomeldung erhalten,
derzufolge der bereits gelöschte Brand gestern den
ganzen Tag hindurch wütete. Die Schäden an
Güter wurden auf sieben Millionen Dollars
beziffert. Dem Brande fiel wahrscheinlich eine
große Zahl von Menschenleben zum Opfer.

Die Erzberger-Mörder in Obhut der ungarischen Kerikalen.

Von unserem ungarischen Korrespondenten.

Die ungarische Regierung hat, wie das übrigens voraussehen war, die Auslieferung des Erzberger-Mörders Schulze, der sich unter dem Namen Förster in Ungarn aufhielt, verweigert. Die ungarischen Regierungsorgane haben ja natürlich nicht darum Jahre hindurch die Erzberger-Mörder verhaftet, der erste politische Ratgeber des Reichsverwesers Horthy, der Abgeordnete Julius Gömbös, hatte ihnen in seiner bei Budapest gelegenen Villa in Groß-Debling nicht darum ein gastliches Heim gewährt, daß sie sie dann den deutschen Behörden ausliefern sollten. Die Umstände, unter denen dieser Beschluß der ungarischen Regierung erfolgte und noch mehr die „Begründung“, die dieser Entscheidung folgte, sind aber derart beschaffen, daß sie auch bei denen das größte Befremden hervorgerufen müssen, die den Begriff des politischen Verbrechens in dem weitgehendsten Sinne auffassen und die in dem politischen Aktrecht eines der Grundrechte des demokratischen Staates erblicken.

Die ungarische Regierung berief sich in ihrer „Begründung“ der verweigerten Auslieferung auf zwei Momente. Erstens behauptete sie, daß die Ermordung Erzbergers ein politisches Verbrechen war, wie etwa die Ermordung des Grafen Stefan Tisza; zweitens begründete sie ihre Haltung damit, daß die deutsche Regierung die Auslieferung des gewesenen Hauptmannes Emerich Csernyak ebenfalls verweigerte, den die ungarische Regierung damit beschuldigte, daß er an der Ermordung des Grafen Tisza irgendwie beteiligt gewesen ist. Nun versetzte sich die ungarische Regierung dadurch, daß sie zwischen der Ermordung des Grafen Tisza und Erzbergers eine Parallele aufstellte, sofort ins Unrecht. Denn während sie jetzt der deutschen Regierung gegenüber den Standpunkt vertritt, daß die Ermordung des Grafen Tisza ein politisches Verbrechen war, hat sie im Lande selbst, den Leuten gegenüber, die sie übrigens ganz grundlos, der Ermordung des reaktionären Politikers auflagte und auch verurteilen ließ, den Standpunkt vertreten, daß diese Tat mit Politik nichts zu tun hatte und ein gemeines Verbrechen war. In zwei Gerichtsverhandlungen, von denen die eine vor dem Militärtribunal, die andere vor dem bürgerlichen Strafgericht stattfand, wurden die Angeklagten — aus welchem Recht, soll hier nicht angeknüpft werden — als gemeine Mörder zur lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt.

Die Tisza-Mörder sind gemeine Verbrecher; die Ermordung Erzbergers war eine Tat, wie die Ermordung Tiszas.

folglich sind die Erzberger-Mörder politische Verbrecher.

Das ist die juristische Logik der ungarischen Regierung, die natürlich nicht nur jeder Rechtsprechung, sondern auch dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht schlägt. Die Tat, begangen in Ungarn an einem Führer der Reaktion, ist ein gemeiner Mord; dieselbe Tat, begangen an einem, wenn auch rechts stehenden, deutschen Demokraten, ist ein politisches Verbrechen — dies ist die Grundlage der horthyungarischen „Rechtsauffassung“. Dabei haben wir noch die These der ungarischen Regierung, daß diese beiden Taten gleichzusetzen sind, gar nicht gerührt, obwohl es ganz und gar unwichtig ist, diese beiden Taten als derselben Reihe angehörend darzustellen.

Es genügt, nur darauf zu verweisen, daß Graf Stefan Tisza am 31. Oktober 1918, also am Tage des Ausbruchs der ungarischen Revolution, inmitten einer von allen Fiebern des verlorenen Krieges und der einsetzenden Volksbewegung geschüttelten Stadt, von einer, sein Haus belagernden Masse entsetzener Militärpatrouille, gleichsam als der Vollstreckerin eines

Vollstreckens hingerichtet wurde und diese verbrecherische und unmögliche Tat aus der Massenpsychose der ausbrechenden Revolution geboren wurde. Kein unbefangener Mensch wird es behaupten können, daß der von gedungenen Mördern, in dem tiefsten Friedenszustande, an einem ruhig hinwandelnden Menschen vollzogene Mordanschlag etwas mit dem an dem Grafen Tisza vollzogenen Volksurteil gemeinames haben könnte. In der Wahrheit verhält es sich so, daß die Ermordung des Grafen Tisza ein politisches Verbrechen der Masse war, was aber die ungarische Regierung davon nicht abliest, ihre wirklichen oder angeblichen Täter als gemeine Verbrecher aburteilen zu lassen; während der Mord an Erzberger ein gemeines Verbrechen war, was aber die ungarische Regierung wiederum nicht hinderte, ihren Vollstreckern gegenüber diejenige Milde wollen zu lassen, die nach dem internationalen Recht und nach dem demokratischen Empfinden nur wirklichen politischen Verbrechern gegenüber am Platze ist.

Aber dies ist nicht der einzige Widerspruch, in den sich die ungarische Regierung dadurch verwickelt, daß sie ihre schändliche Hand über die beiden Mordgesellen Schulze und Thiloffen hält. Durch die Verweigerung der Auslieferung der Erzberger-Mörder stellt die ungarische Regierung die These auf: der politische Mord ist in ihren Augen frei und unstrafbar. Auch in wirklich demokratischen Staaten, wo das Asylrecht hochgehalten wird, ist es strittig, ob das Asylrecht auch auf direkte Morde zu erstrecken ist; nun sieht man aber, wie sich durch die Behandlung dieser Angelegenheit der Konterrevolutionäre, mit dem Wute von vielen tausend Unschuldigen besudelte Horthystaat an die Spitze der am meisten fortgeschrittenen Demokratien schwingt und sie noch berächtlich hinter sich läßt, denn keiner dieser Staaten hat noch bisher die Freiheit der politischen Morde proklamiert, wie es die Horthyregierung durch die Verweigerung der Auslieferung der Erzberger-Mörder tatsächlich getan hat. Ihre Haltung wird aber in ein noch merkwürdigeres Licht gerückt, wenn man sich der ganzen Konterrevolutionären Justiz erinnert, die ja alle von den revolutionären Tribunalen ausgesprochenen Todesurteile als Anstiftungen zum gemeinen Mord, die von den Organen der revolutionären Staatsmacht vollzogenen Todesurteile als gemeine Morde verfolgte und mit dem Tode durch den Strang bestrafte. Aber sie ging noch weiter: als Käte-Ungarn mit der Tschechoslowakei zur Wiederbefreiung des ungarischen Gebietes Krieg führte und im Abzugsgebiet der Belagerungszustand von der revolutionären Regierung verhängt wurde und auf Grund dieses Belagerungszustandes Plünderer und Spione hingerichtet wurden: wurden von den Horthygerichten wegen der Verhängung des Belagerungszustandes die Mitglieder der Revolutionsregierung als gemeine Mörder und Anstifter zum Mord angeklagt und zum Tode verurteilt! Erst wenn man auch diese Tatsachen in Betracht zieht, wird man die hodenlose Decehelei der ungarischen Regierung in der Behandlung der Frage der Erzberger-Mörder entsprechend würdigen können! Ihre Haltung hat nichts mit dem Asylrecht der Demokratie, nichts mit der internationalen Praxis der Rechtsprechung bezüglich politischer Verbrechen gemeinam: sie ist ein offenes Bekenntnis zum politischen Mord, soweit er gegen Politiker angewendet wird, die nicht im Konterrevolutionären Lager stehen, wenn sie auch bürgerliche und Kerikale Demokraten sind, wie es Erzberger war.

Dabei müssen noch zwei andere Gesichtspunkte hervorgehoben werden. In der reichsdeutschen Presse wurde vielfach die Auffassung vertreten — sie fand auch in die sozialdemokratische Eingang —, daß der brave Graf Bethlen und seine Regierung an diesem empörenden Ausgang der Affäre unschuldig sind, daß sie für die Verhaftung und die Auslieferung der Mörder waren, daß sie aber von der Nebenregierung an

der Ausführung ihres Planes gehindert worden sind. Nichts wäre für die Vorlämpfer der Demokratie in Ungarn verhängnisvoller, als wenn diese Auffassung, in deren Verbreitung Graf Bethlen mit so viel Energie und nicht ganz erfolglos arbeitet, auch bei den demokratischen Kräften des Auslandes Wurzel schlagen könnte! Allerdings ist der Fall der Erzberger-Mörder am wenigsten geeignet, diese Auffassung als begründet erscheinen zu lassen. Denn wenn die Bombenverfer von Genorad freigesprochen wurden, so konnte sich die Regierung noch mit Mühe, aber immerhin hinter das Paravent des „unabhängigen Gewisses“ zurückziehen. Aber man soll es nicht vergessen, daß die Entscheidung über die Auslieferung nach dem geltenden Recht nicht in die Kompetenz des Gerichtes fällt, sondern ein politischer Akt der Regierung ist und so ist auch die Verweigerung der Auslieferung von dem Justizminister Bethlen, von Paul Besthy beschlossen worden, der keineswegs in das Gutachten des Gerichtes gebunden war. Die „Christliche“ Beschaffenheit des ungarischen öffentlichen Lebens wird aber durch die andere Tatsache beleuchtet, daß die Regierung, die sich für die Unbestrafbarkeit der Erzberger-Mörder ausgesprochen hat, Zeitungen, die in Ungarn etwa die Rolle spielen, wie die „Germania“ in Deutschland, die „Nemzeti Ujsag“, redigiert vom Domherrn Bela Tur, „Nj Nemzedek“, redigiert vom Jesuitenpater Adalbert Bonoha, beide im Verlage des „Katholischen Presseunternehmens“ erscheinend, traten offen für die Verweigerung der Auslieferung ein; der Abgeordnete Karl Szaszar, der alljährlich bei den Kongressen des deutschen Zentrums zu erscheinen pflegt, der päpstliche Kammerer und geschäftsführende Direktor des „Katholischen Volksvereines für Ungarn“, der Abgeordnete Alexander Ernst, gehören zu den wichtigsten Stützen der Regierung Bethlen, in der übrigens der stellvertretende Ministerpräsident Josef Vah, Großpropst von Kalocsa, naturgemäß ein gewichtiges Wort in der Angelegenheit der Erzberger-Mörder zu sagen hat. Alle diese Politiker, die übrigens auch heute noch mit dem deutschen Zentrum rege Verbindungen aufrecht erhalten und die Exponenten der Kerikalen Politik in Horthy-Ungarn sind, werden damit einverstanden, daß die Mörder Erzbergers der strafenden Hand der Gerechtigkeit entzogen und der Nationalgalerie der horthyungarischen Mörder eingeweiht und als willkommenen Gäste der Regierung aufgenommen werden, die sich ohne die Unterstützung der katholischen Kirche und der von ihr abhängenden Politiker keine Stunde lang halten könnte!

Inland.

Beratung der sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksverwaltungs-Kommissionen.

Ueber Einladung des Parteivorstandes fand am 16. Oktober in Prag im Abgeordnetenhause eine Beratung der neuernannten, der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei angehörenden Mitglieder der Bezirksverwaltungs-Kommissionen gemeinschaftlich mit dem Beratungsausschuss in Gemeinangelegenheiten unter Vorsitz des Genossen Dr. Heller statt. Ueber die Aufgaben der Bezirksverwaltungs-Kommissionen referierte in übersichtlich eingehender und instruktiver Weise das Mitglied des Landesverwaltungs-Ausschusses Genosse Grund, welcher wertvolle Winke und praktische Anleitungen für die Tätigkeit in den Bezirksverwaltungs-Kommissionen auf allen Gebieten, welche hier in Frage kommen, gab. Nach einer überaus anregenden Debatte, an welcher sich die Genossen Friedmann (Prag), Kaly (Kalkenau), Bözl (Kuffig), Wiyner (Wschosteinig), Drbohlav (Reichenberg), Novy (Duz), Fiedler (Boh-

sch), Hein (Görkau), Deistler (Eger), Post (Dohensurth), Uhlit (Graupen), Reichhardt (Bergreidensein), Fleischer (Marischendorf), Ditovsk (Komotau), Sackl (Böhm.-Ramm), Stanek (Marienbad) und Dr. Heller beteiligten, beantwortete Genosse Grund die zahlreichen an ihn gestellten Fragen in erschöpfender Weise. Es wurde der Beschluß gefaßt den Parteivorstand zu ersuchen, Richtlinien für die Tätigkeit unserer Genossen in den Bezirksverwaltungs-Kommissionen sowie für die Zusammenarbeit derselben mit den Bezirksvertretungen der Partei und den sozialdemokratischen Gemeinverwaltungsmitgliedern in möglichst kurzer Zeit auszuarbeiten.

Ueber das Referat des Genossen Grund werden wir noch ausführlich berichten.

Der Kampf gegen Dolansky.

Die Konfiskation des „Ceste Slovo“, die wir bereits gestern erwähnt haben, hat in der gesamten tschechischen Presse zu heftigen Angriffen gegen den Justizminister Dolansky geführt. Die tschechischen Nationalsozialisten haben bereits Schritte in der Koalition unternommen, um dem Wüten des Kerikalen Dolansky-Regimes gegen die Presse Einhalt zu tun. Die Methoden der Koalitionsmacher sind sehr einfach: Als die Teuerung im Wachsen war und die Deffentlichkeit von der Regierung Schritte zur Bekämpfung der Teuerung verlangte, kam Beschla mit dem famosen Ausnahmsgesetz. Die Angst vor dem schwarzen Mehl erschlug die Angst vor der wachsenden Teuerung und die Deffentlichkeit gab sich mit der Zurückziehung der Wechsvorlage zufrieden. Ähnlich tut es Dolansky mit der Pressefreiheit. Die Deffentlichkeit wendet sich gegen die Konfiskationslist. Minister Dolansky kündigt drauffhin eine Verhärterung des Vorgehens gegen die Presse an, widerruft dies aber, und die Deffentlichkeit ist damit zufrieden, daß es nicht schlechter wird. Das scheint die neueste Taktik der Koalition zu sein!

Das Urteil der tschechischen Presse gegen Dolansky ist sehr scharf. „Narodni Osvojen“ nennt das Treiben der Zensur den Höhepunkt der Frechheit. „Pravo Lidu“ kündigt fortgesetzt scharfen Kampf gegen Dolansky an. „Ceste Slovo“ sagt der Justizminister sei nicht mehr möglich. „Tribuna“ nennt den zynisch unerfährlich. „Reforma“ bezeichnet die Verhältnisse als unerträglich.

Die Kerikalen „Lidova Listy“ schreiben an die Adresse des „Pravo Lidu“, welche die Demission Dolansky's gefordert hat, folgendes: „Einen derartigen Ton muß sich die Sozialdemokratie abgewöhnen. Es ist eine Frechheit, wenn ihr Abendblatt nach der Demission des völksparteilichen Ministers ruft. Solange diese Koalition bestehen wird, werden die völksparteilichen Minister bleiben. Weder Dolansky noch Stramel werden aus der Regierung gehen und wenn, so müssen auch andere gehen.“ Daß aber auch das Zensurorgan der Kerikalen mit der Zensurpraxis seines Ministers nicht einverstanden ist, beweist der Umstand, daß nach den zitierten Drohungen gegen die tschechischen Sozialdemokraten erklärt wird, daß durch Konfiskation niemandem genügt werde. Möge sich Minister Dolansky diese Kerikale Mahnung merken!

Teilweise Aufhebung der Beschlagnahme des „Ceste Slovo“.

„N. T. K.“ meldet: „Die Konfiskation des „Ceste Slovo“ ist gestern vom Landes- als Strafgericht in zwei Punkten aufgehoben worden. Allerdings hat der Staatsanwalt noch das Berufungsrecht.“

Der sibirische Expreß.

Roman von Frank Heller.

Copyright by G. Müller, München.

„Die können ihrem Freund in der Sammetjade über die Grenze in das rote Paradies folgen. Es ist die beste Strafe.“ Die wissen doch, daß man den Mann mit der Sammetjade heute gefaßt hat? Das war nicht das Verdienst ihres Freundes. Eine Abteilung unserer Matrosen hat es getan. Er war gerade dabei, eine Bank zu plündern. Wo war es doch? Ja, Himmelfahrtskanal vierzehn. Eine Bank am Himmelfahrtskanal vierzehn. Der Leutnant rapportierte, daß das Total sonderbar ausfiel.“

„Himmelfahrtskanal vierzehn!“ rief Brandstedter. „Aber das ist ja Paul Strüvermanns Haus — das Haus meines Freundes.“

Der Chauffeur bekam eine Weisung. Das Auto schwankte durch die geschlängelten Straßen. Die Sorgen des Vortags waren verchwunden. Anstatt dessen begann der gewöhnliche Verkehr in Gang zu kommen. Durch die roten Turmtore strömten die Leute dem Langemarkt zu; die Straßenbahnen sangen in den Kurven; die Kaufläden waren geöffnet. Die Morgenluft schien; die Viehhektiken spiegelten sich in den grünen Kanälen. Hier und da kam eine Abteilung englischer Matrosen durch die Straßen marschierend; sie und da begegneten sie graugrünen Freistaatpolitisten und tauschten mit ihnen Grüsse nach der Melodie: Deutscher W-einbrand über alles! Sir Archibald sah gedankenvoll über den Rand seiner prochnock gefärbten Nase.

„Ich frage mich, ich frage mich,“ sagte er, „ob wir nicht zwei, drei Nationen zuviel in die eulen Arme befreit haben. Unter anderem Leute, die gar nicht befreit zu werden wünschten. Was ist denn das?“

Brandstedter hatte ein Papier aus der Tasche gezogen. Es war das Dokument, durch das die Firma Wroblewsky auf alle Ansprüche und Forderungen verzichtete, die sie „nach den geltenden Gesetzen des Freistaates Danzig“ auf einen gewissen Verpflog erheben konnte. Brandstedter erklärte die kurze Gültigkeitsdauer, die die Firma diesen Gesetzen zugedacht hatte.

„Es war Paul, der mich zwang, sie zu prellen, indem ich auf ihren Kniff einzuging. Er vertraute auf Ew. Exzellenz.“

„Und im Vertrauen auf mich schlug er mir in meinem eigenen Büro die Nase ein. Ich bekomme mehr und mehr Achtung vor seinem psychologischen Scharfblick. Sind wir am Ziel?“

Das Auto hielt vor dem Hause mit der Glaskuppel. Sie traten ein. Seine Exzellenz an der Spitze. Sir Archibald schritt über die Schwelle des Saales mit dem Erdglobus und zögerte nicht, seinen Einbrüchen und Gedanken Luft zu machen.

„Oh Jove! Hier wohnt er! Eine würdige Wohnstätte für einen solchen Mann! Ein Globus, so groß wie der Mond, eine Eisenbahn rund herum und ein glasköpfiger Herr als Trabant des Mondes in der Luft schwebend! Sehr fesselnd! Ueberaus originell! Oh Jove! Und der Fußboden muß Geld überfallen wie in einer Frühmünzerverstätte und ein toter Mann mit einer Eisenstange in der Hand an der Tür! Sehr interessant! Höchst originell! Und zwei Gäste, die aussehcn, als hätten sie große Angst ausgestanden! Und der Hausherr selbst tritt in seinem

schlichten, aber kleidsamen Trikotkostüm auf, umgeben von Polizisten wie ein römischer Beersführer von Viktoren. Sehr frapierend! Höchst interessant! Will mir niemand den Sinn dieses Rebus erklären, oder im anderen Falle einen Jerevarzt rufen, denn ich fühle, wie die Geistesverwirrung mir in raschen Schritten naht.“

Alle im Zimmer starteten Sir Archibald an, Gerdt Lyman, Professor Freudenthal, Jakob Fjotki und nicht zuletzt die Freistaatpolizisten, die ihn erkannten und salutierten. Es war der Narr, der sich beeilte, die gewünschte Aufklärung zu geben.

„Der kahlköpfige Herr ist Herr Fjotki, den Ew. Exzellenz kennen. Der Wagen, in dem er sitzt, ist der sibirische Expreß. Er hat gerade alle Weltverfordere geschlagen, indem er in fünfundfünfzig Sekunden rund um die Erde gereist ist. Das Gold auf dem Fußboden ist meine letzte Million. Ich selbst bin als wahnsinnig arretiert. Wenn Ew. Exzellenz die Erklärung nicht genügend finden sollten, brauchen Ew. Exzellenz nicht erst lange nach Irrenärzten zu suchen. Da stehen zwei Stück.“

Sir Archibald nickte befriedigt.

„Sehr klar und deutlich! Ueberaus fesselnd und originell! Nein, nach dieser durchsichtigen und klaren Erklärung brauche ich keinen Irrenarzt mehr. Aber ich muß diese Herren“, Sir Archibald wendete sich an die Freistaatpolizisten, „bitten, den Herrn des Hauses sofort aus ihrer Umarmung freizugeben.“

Die Polizisten weigerten sich. „Exzellenz, das ist unmöglich! Er ist ständbriefflich verfolgt. Er ist wahnsinnig. Wir haben Order —“

„Dummes Zeug, dummes Zeug! Wer ist wahnsinnig? Wer ist klug? Ich möchte diese Frage an die zwei anwesenden Fachleute richten. Will einer von ihnen den anderen für vollkommen klug erklären?“

Professor Freudenthal räusperte sich.

„Die Frage: Ist eine Person vollkommen klug oder nicht? enthält ein quaterno terminorum, das es unmöglich macht, sie direkt zu beantworten, insofern, als der Begriff vollkommen klug in diesem Falle in zwei ganz verschiedene Bedeutungen —“

„Vortrefflich!“ rief Sir Archibald. „Durchsichtig und erschöpfend! Und sie, mein Herr?“

Gerdt Lyman konnte er sich nicht versagen, seine Lieblingsthese zu lancieren.

„Was wir einen vollkommen normalen Menschen nennen, einen vierundzwanzigjährig vernünftigen Menschen, exstiert nicht. Das Studium des Verlaufes der manodepressiven Geisteskrankheiten ist im höchsten Grade charakteristisch —“

„Großartig!“ rief Sir Archibald. „Es ist unmöglich, deutlicher zu sein. Die Wissenschaft hat ihr Gutachten abgegeben. Mein Freund in dem kleidsamen Trikotanzug ist ebenso normal wie alle anderen. Aber er hat eine Sache auf seiner Kreditseite, die nicht alle anderen haben; er hat seine Stadt vor nicht weniger als zwei äußeren Feinden gerettet. Man arretiert den Retter des Vaterlandes nicht — selbst wenn eine Schraube bei ihm los sein sollte.“

(Schluß folgt.)

Der Wahlkampf in England.

Ein antizöialistischer Bloß. — Zuversicht der Arbeiterpartei.

London, 16. Oktober. (Eigenbericht.) Es gibt keinen Zweifel mehr, daß die Liberalen und Konservativen sich zu einem regelrechten antizöialistischen Wahlfeldzug verbunden haben. In 41 von 62 Wahlkreisen, in denen die Arbeiterabgeordneten nur mit relativer Mehrheit gewählt worden sind, ist ein Wahlpakt zwischen den Liberalen und Konservativen geschlossen und der Arbeiterpartei nur ein bürgerlicher Kandidat gegenübergestellt worden. In einem Teil dieser Wahlkreise haben die Liberalen, in einem Teil die Konservativen ihre bereits aufgestellten Kandidaten zurückgezogen. Die liberalen und konservativen Wähler werden aufgefordert, geschlossen für den bürgerlichen Kandidaten zu stimmen.

Die Arbeiterpartei, der eine Armee von freiwilligen Wahlhelfern zur Verfügung steht, hofft trotzdem, mindestens ihre bisherige Abgeordnetenzahl wieder ins Parlament zu bringen und zu verhindern, daß die Konservativen die absolute Mehrheit bei den Wahlen wiedergewinnen. Dann würden die Liberalen zu einer Koalition mit den Konservativen gezwungen und das würde praktisch mit dem Beschwinden der liberalen Partei gleichbedeutend sein. Damit würde das für England einzig mögliche Zweiparteiensystem, rechts die konservative Partei und links die Arbeiterpartei, wiederhergestellt werden.

Macdonald über die russische Anleihe.

London, 16. Oktober. (N. R.) Ministerpräsident Macdonald ist gestern von seiner Fahrt durch Nordengland in Manchester eingetroffen. Er sprach in vielen größeren und kleineren Versammlungen, von welchen wohl die in Leeds und Manchester die wichtigsten sind. In diesen beiden Versammlungen befaßte sich Macdonald mit dem Ausfälle Asquiths bezüglich der russischen Anleihe. Asquith fragte, warum der Ministerpräsident im Juni im Unterhause

abgelehnt hat, daß die Regierung die Garantierung der Anleihe in Erwägung zu ziehen gedacht oder erwogen habe, wogegen im August die Garantierung der Anleihe bereits definitiv vorgeschlagen worden sei. Macdonald sagte in Leeds darüber: Die Fanzleihe war nicht garantiert. Es war nur eine gewöhnliche Anleihe an die russische Regierung, über welche die russische Regierung wann und wie immer und zu beliebigem Zwecke verfügen konnte. Diese Anleihe, die nun zur Garantierung vorgeschlagen sei, sei eigentlich keine Anleihe. Durch dieses Gesetz garantierte die Regierung den Ankauf für einige Arten von Export und dies tue man eben jetzt, indem man diese Anleihe garantiert.

Die Kandidatennisten.

London, 16. Oktober. (N. R.) Obwohl es zur Nennung der Kandidaten für die Wahlen erst Samstag kommen wird, ist es bereits heute möglich, die annähernde Zahl der Kandidaten der drei politischen Parteien auf die 615 Mandate des Unterhauses anzugeben.

Die Labour Party wird rund 520 Kandidaten gegenüber 423 bei den letzten Wahlen aufstellen. Die Konservativen werden die gleiche Anzahl von Kandidaten stellen wie bei den letzten Wahlen, nämlich 536. Die Liberalen werden ungefähr 330 Mandatanten aufstellen gegenüber 451 bei den letzten Wahlen.

Heberfall auf eine Versammlung der Labour Party.

London, 16. Oktober. „Daily News“ meldet aus Belfast, daß mehrere hundert Menschen eine Wählerversammlung der Arbeiterpartei angegriffen haben. Ueber zwanzig Leute wurden bei dem Angriffe auf den Arbeiterkandidaten und seine Anhänger verletzt. Der Kandidat selbst befindet sich unter den am schwersten Verletzten. Die Polizei, die in großer Zahl anwesend war, schlug die Angreifer zurück.

schina verschafft. Bei einiger Konsequenz in seiner Politik hätte Radie die Stärkung der Militärpartei vermeiden und die jetzt wieder nahe rückende Gefahr eines Staatsstreiches verringern können. Es wird nun davon abhängen, wie er sich während der Phase der Regierungsambildung verhält, ob ein Kabinett der Linken oder ein Minderheitskabinett der radikalen Partei an die Stelle der Regierung Davidovic treten soll.

Zur Frage der Bildungssteuer.

Der Antrag, den Dr. Gen. Jaksch, Luitpold Stern und Hofbauer an den Reichsausschuß geleitet haben, um die plannmäßige Bildungsarbeit durch die Parteioorganisationen zu ermöglichen, ist für die Partei von außerordentlich großer Bedeutung und muß deshalb eingehend diskutiert werden.

Wir glauben über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Bildungssteuer nicht viel Worte verlieren zu müssen. Genosse Stern stellte ganz richtig die sich selbst beantwortende Frage: „Gibt es überhaupt ein Argument gegen die Bildungssteuer?“ Nein! Es gibt kein Argument gegen dieselbe. Alle Parteigenossen, welche praktisch mit Bildungsarbeit beschäftigt sind, wissen, daß das Problem der Arbeiterbildung bis zu einem gewissen Grade ein Finanzproblem ist. Und weil das erste Problem gelöst werden muß, wenn wir die geistige Befreiung der Arbeiterklasse wollen, so müssen wir auch das andere bewältigen. Aber trotz alledem sehen wir die Schwierigkeiten, die der Partei bei der Annahme des Antrages erwachsen, gegen den wir in der Sache nichts einzuwenden haben. Wir haben verfaßt oder vielleicht auch nur nicht die Möglichkeit gehabt, den Beschluß über die Einführung der Bildungssteuer schon vor Jahren zu fassen und greifen nun, da wir die Sprache der Zeit verstehen gelernt haben, zur Lösung der finanziellen Seite der proletarischen Bildungsarbeit in einem Moment, welcher für alles eher als zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge geeignet erscheint. Als etwas anderes wird die Einführung der Bildungssteuer unter der Masse der Parteimitglieder nicht gewertet werden und all die Argumente, die gegen jede Beitragserhöhung auftreten werden neuerlich an das Tageslicht gezogen. Das kennen wir zu gut, um uns darüber an dieser Stelle unterhalten zu wollen. Wir wissen, daß bei jeder Mehrausgabe und wenn sich dieselbe als noch so zwingend notwendig erweist, der Arbeiter naturgemäß darüber nicht erfreut ist und nicht erfreut sein kann. Er wird es heute doppelt schwer empfinden, daß wir in der Zeit der Teuerung der Arbeitslosigkeit usw. ihn zu vermehrten finanziellen Leistungen heranziehen. Da entsteht automatisch die Frage: Kann der Partei aus der Einführung einer obligatorischen Bildungssteuer ein Schaden erwachsen oder nicht. Diese Frage zu beantworten scheint uns vor allem andere das Wichtigste zu sein. Wir sagten bereits, der Antrag wird in einer für Beitragserhöhungen sehr ungünstigen Zeit gestellt, der Widerstand wird, wenn wir nicht alle für und Wider genau erwägen, sehr groß sein. Meiner Auffassung nach könnte der Witzum eines Teiles der Parteimitglieder über das von ihnen verlangte finanzielle Opfer zum Austritt aus der Partei führen. Verluste von Parteimitgliedern

lich sind, verteuerten sich in erschreckender Weise. Dessen ungeachtet kündigen die Industriellen die Kollektivverträge und treten mit neuen Lohnreduzierungen an die Arbeiterschaft heran. Nur eine geschlossene Front aller Werktätigen ist imstande, diese Angriffe auf die Lebensexistenz der Arbeiterschaft zu verhindern. Ebenso ist nur eine geschlossene Arbeiterschaft imstande, der Teuerung Einhalt zu gebieten. Zu diesem Zwecke schlossen sich die Betriebsausschüsse und Funktionäre ohne Rücksicht der Parteizugehörigkeit zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Nicht nur in unserem Orte, sondern im ganzen Staate muß der Zusammenschluß der Arbeiterschaft vollzogen werden und bereits am 4. und 5. Oktober 1924 findet der Betriebsrätekongreß in Prag statt. Um diesen wichtigen Kongreß mit unseren Delegierten beizubehalten zu können, wird in allen Betrieben eine Sammlung zur Deckung der Delegiertenkosten vorgenommen.

Für das Komitee der Arbeitsgemeinschaft:
Ulrich Josef, Seidenfabrik (Kommunist), David Josef, Walfabrik (Christlichsozialer), Bauer Anton, Zägewerk, Beder Johann, chem. Schrotfabrik (Kommunist).

Diesem kommunistisch-christlichsozialen Manifest braucht wohl nicht viel hinzugefügt zu werden. Die klassenbewusste Arbeiterschaft wird sich selber ihren Reim auf diese „Revolutionäre“ machen, die in einer „Arbeitsgemeinschaft“ mit Pfaffenbrüdern und Herzkweibern den Kapitalismus bekämpfen wollen.

Ausland.

Der Austritt der serbischen Regierung.

Obwohl man seit einer Woche ungefähr von einer serbischen Regierungskrise sprach, kam die Demission des Kabinetts Davidovic doch ziemlich unerwartet. Der König hat selbst in den Gang der Ereignisse eingegriffen und den Austritt des Kabinetts befohlen. Es ist das ein ungewohnter und recht undemokratischer Vorgang, der durchaus nicht zu der Hoffnung berechtigt, daß das serbische Königtum freiwillig auf einen Teil seiner Rechte verzichten werde. Zurückzuführen ist diese Stärkung der Militärpartei und der Dynastie auf die schwankende Haltung der Kroaten. Das Kabinett Davidovic sollte einerseits den Forderungen der Kroaten Gehör verschaffen, andererseits fiel Radie den demokratischen Ministern fortwährend in den Rücken. Die unklare Politik Radies hat denn auch erreicht, daß die auseinanderstrebenden Flügel der radikalen Partei sich wieder auf ein gemeinsames Aktionsprogramm geeinigt haben, sie hat vor allem auch bewirkt, daß der Stupschinapresident Jovanovic, dessen Austritt Radie verlangte, sich den Anhängern Pasics wieder in die Arme warf. Der König hat die Demission des Kabinetts unter dem Hinweis befohlen, daß seine Fundierung auf einer breiteren Basis nötig wäre. Es ist nun sehr zweifelhaft, ob die demokratischen Parteien in dem neuen Kabinett Platz finden werden oder ob man die breitere Basis nicht dadurch schaffen wird, daß man die Kroaten durch einen Staatsstreich ausschaltet und so Pasic wieder eine Mehrheit in der Stup-

Ein unentbehrliches Handbuch

das in keiner Arbeiterfamilie fehlen darf, ist das

Arbeiterjahrbuch 1925

das in den nächsten Tagen im Verlage des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erscheint. Das hübsch ausgestattete Jahrbuch bringt auf seinen 96 Seiten eine Fülle interessanter Beiträge ersten und heiteren Inhalts. Dem textlichen Teil ist ein Leitgedicht: „Welttag“ von Christine Touaillon vorangestellt. Der Aufsatz „Ein Jahr Weltgeschichte“ unterrichtet den Leser über die politischen Vorgänge des Jahres im In- und Auslande. Ein weiterer Aufsatz würdigt die Verdienste des verstorbenen Genossen Hannusch um die Arbeiterschaft, Sigmund Kunzi erklärt in einem Artikel die geschichtliche Bedeutung Lassalles. Eduard Baumgartner liefert eine fadende Schilderung des deutschen Bauernkrieges, Ludwig Brügel beschäftigt sich mit Geschnissen aus der „guten alten Zeit“, Paul Kammerer erläutert die Rassenfrage in seinem „Schmelztiegel“ Amerika, und Erwald Schild steuert eine hübsche naturwissenschaftliche Schilderung „Von den kleinsten Baumeistern der Erde“ bei. Es folgen dann noch erste und heitere Beiträge von Hans Pilz, Else Feldmann, dem tschechischen Brüderpaar Capek, Alfons Pechold und Guy de Maupassant. Das angeschlossene Adressenverzeichnis wird jedem in der Arbeiterbewegung Tätigen ein wertvoller Behelf sein.

Trotz bester Ausstattung ist der Preis des Arbeiterjahrbuches für jede Arbeiterfamilie erschwinglich. Ein Exemplar kostet broschiert 5 Kronen, für Wiederverkäufer 4 Kronen. Bestellungen mögen umgehend an die Zentralkasse für das Bildungswesen, Prag II., Havlickeva nam. 32, gerichtet werden.

Durch die Annahme des Antrages müssen aber unter allen Umständen verhindert werden.

Wir werden daher die ganze Frage des Bildungssteuer vor der breiten Parteioffentlichkeit aufrollen, bevor der Reichsausschuß zusammentritt, um über das endgültige Schicksal des Antrages zu entscheiden. Und wenn die Konferenzen der Funktionäre unserer Partei — wenn sich neben der Parteipresse auch die Versammlungen der Lokalorganisationen genügend mit dieser Frage befaßt haben werden, dann erst dürfen wir einen festen Beschluß fassen. Wir sind überzeugt, daß die 50 Heller Mehrleistung ohne Wurren gegeben werden, wenn wir den Parteimitgliedern aus einandersehen, wohnt das Geld sitzen soll und warum dieser gewaltige Bildungsapparat geschaffen wird. Es wäre ganz verfehlt, die alten Vordenkblätter von dem „ein Glas Bier weniger trinken“ aufzumähen, sondern wir müssen versuchen, in der Diskussion über die Einführung der Bildungssteuer, dem Arbeiter beizubringen, daß er als Auswirkung des finanziellen Opfers, das von ihm verlangt wird, nicht nur einen geistigen Gewinn bezieht, der ihn im Kampfe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung die Waffen liefert, sondern daß mit diesem geistigen Reichtum der ihm wird, auch ein materielles Plus verbunden ist. Indem wir ihn aus den Taschenknechten, dem Kimo, Tanzsaal usw. in Vorträge, Konzerte und andere gute Veranstaltungen führen, sparen wir ihm diese 50 Heller doppelt. Versuchen wir ihm rechnerisch nachzuweisen, daß er nichts verliert, sondern nur gewinnt.

Vor allem andere aber haben wir unsere Vertrauensleute von der Dringlichkeit der Einführung einer Bildungssteuer zu überzeugen. Der Apparat, den wir jetzt aufgebaut haben, kann aus den vorhandenen geldlichen Mitteln der Partei nicht mehr erhalten werden und müßte verkümmern, wenn wir ihm nicht eine neue Geldquelle suchen. Die Auflösung unserer Bildungsorganisation, die sich als eine so glänzende Einrichtung für die Partei wie für die ganze Bewegung erwiesen hat, können und dürfen wir nicht wollen. Die Vertrauensleute für die Bildungssteuer gewinnen, heißt einen Bildungsförderung für dauernd systematische Erziehungsarbeit des Proletariats, für den Klassenkampf, schaffen. Wir sind überzeugt, daß bei einer klugen Behandlung der Frage die Schwierigkeiten, die sich ihr entgegenstellen, zu überwinden sind; ebenso wie wir überzeugt sind, daß das blinde Herbeiführen des Beschlusses über die Bildungssteuer der Partei einen großen Schaden zufügen könnte. Aber so wie noch niemals, wenn es um Notwendiges ging, der gesunde Verstand unserer Parteimitglieder verfaßt hat, so wird es auch diesmal sein. Das Opfer wird gebracht um des Kampfes willen, der neue Wege braucht, die wir ihm schaffen werden. F. Kr.

Beratungen der Wirtschaftsminister. Gestern hat eine Konferenz der Wirtschaftsminister stattgefunden, die sich vor allem mit der Frage der Bierpreise und der damit im Zusammenhang stehenden Frage der Gerste- und Hopfenausfuhr befaßte. In der Frage der Gersteausfuhr ist die Situation gegenwärtig die, daß neue Gesuche um Ausfuhrbewilligung abgelehnt werden und daß nur die bisherigen Ausfuhrbewilligungen in Geltung bleiben. Das Versorgungsministerium dringt jetzt darauf, daß das Verbot ein vollkommenes sei und daß es auch für die Hopfenausfuhr wenigstens bis zu der Zeit gelten sollte, bis unsere Brauereien mit Hopfen versehen sind. Auf der gestrigen Konferenz wurde auch über den Antrag des Versorgungsministeriums betreffend die Ausfuhr von Kartoffeln und Äpfeln debattiert. Das Handelsministerium wandte gegenüber diesem Antrag ein, daß unsere Handelsbilanz passiv sei und daß man auf sie, wenn sie auch nur vorübergehend sei, Rücksicht nehmen müsse. Das Ministerium für Versorgung legte deshalb einen Kompromißantrag in der Frage der Kartoffelausfuhr vor; es verlangte zwar, daß das Ausfuhrverbot provisorisch ausnahmslos in Wirksamkeit treten soll, daß aber später, bis Äpfel aus Marpatibrußland auf unseren Markt kommen, zur Ausfuhr ein Kontingent in der Höhe bewilligt werde, in der Äpfel aus Tirol zu uns importiert wurden. Damit in dieser Post der Ein- und Ausfuhr ein Ausgleich erfolge.

Einberufung des Parlaments — 29. oder 30. Oktober? Laut „Böher“ sind die Bundesarbeiten sowohl in der Koalition wie in den Ressorts so fortgeschritten, daß in den nächsten Tagen der ganze Entwurf definitiv vorbereitet sein wird. Im heutigen Budget seien speziell in sachlicher Hinsicht Erparungen erzielt worden und man müsse neuerlich betonen, daß das heutige Budget wie in früheren Jahren sich in ein ordentliches Budget und ein Investitionsbudget teilen wird. Man könne auf die Einberufung des Parlaments zum 29. resp. 30. Oktober rechnen.

Sozialdemokratische Organisationsarbeit im Niederebengebirge. In der wirtschaftlich am meisten zurückgebliebenen Gebieten gehört der Bezirk Kollinitsch. Industrielle Betriebe von größerem Umfange gibt es dort überhaupt nicht. Nur in einigen wenigen Gemeinden gehen sich unbedeutende Anlässe einer industriellen Entwicklung. Vom Eisenbahnerkehr ist dieser Bezirk fast vollständig abgeschlossen. Der überwiegende Teil der Bevölkerung des Niederebengebirges lebt in bitterster Not. Die meisten müssen als Waldarbeiter oder als Schachtelweber ihr kümmerliches Brot verdienen. In der Vorkriegszeit, als in den Ortschaften anscheinlich die besitzenden Gruppen die Macht inne hatten, gab es im ganzen Kollinitscher Bezirk mit Ausnahme einiger bedeutungsloser Ansätze keine sozialdemokratische Bewegung. Das ist seit dem Umsturz immerhin anders geworden. Die aus dem Kriege heimkehrenden Männer brachten einen anderen Geist mit und heute sieht in vielen Gemeinden dieses Niederebengebirges neben Vertretern der Landbändler und der Nationalisten auch Sozialdemokraten. Eine Gemeinde hat sogar bei den letzten Gemeindevahlen eine sozialdemokratische Mehrheit aufgebracht. Infolge der Wirtschaftskrise dieses Gebietes macht jedoch die Arbeiterbewegung nur langsam Fortschritte. Viel trägt dazu bei, daß in den Wintermonaten infolge der weiten Entfernungen und des vollständigen Fehlens von Verkehrsmitteln die Organisationsarbeit ungemein erschwert ist, wochentags überhaupt unmöglich ist. Da muß man die Bezirksorganisation Grullisch, zu der die Kollinitscher Lokalorganisationen gehören, in den Sommer- und Herbstmonaten die Bewegung in diesem Gebiet vorwärts zu bringen suchen. So fanden Samstag, den 11. Oktober und Sonntag, den 12. Oktober, Besprechungen von Parteigenossen und Versammlungen in diesem Bezirk statt, die der Organisationsarbeit galten. Die erste Besprechung die am Samstag, den 11. Oktober in Bahdorf stattfand, bezog sich auf die unteren Teile des Kollinitscher Bezirkes. Es wurde dabei der Plan für die nächsten Parteiarbeiten in den in Betracht kommenden Gemeinden einvernehmlich mit den Parteigenossen dieser Orte aufgestellt. Anschließend daran fand eine Parteiversammlung statt, in der der Abgeordnete Genosse Schäfer über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament berichtete. Am nächsten Tag verammelten sich die Vertrauensleute aus den Gemeinden des oberen Kollinitscher Bezirkes in Kronstadt zu einer Beratung, die überaus fruchtbringend verlief. Genosse Uhrner aus Grullisch, der schon tags zuvor in Bahdorf die Organisationsfrage behandelt hatte, leitete auch hier den Genossen aus einander, warum es notwendig sei, in allen Gemeinden des Niederebengebirges die sozialdemokratische Bewegung zu verfestigen und Organisationsarbeit ins Leben zu rufen. Abends trat dann ein stark besuchter Parteiversammlung in Kronstadt, in der wieder Abgeordnete Genosse Schäfer sprach. Ebenso wie in Bahdorf war auch in Kronstadt die Stimmung in der Versammlung gut. So geht es selbst in diesem wirtschaftlich überaus schlecht gestellten Gebiete der Niederebengebirge mit unserer Bewegung vorwärts, trotzdem die Vertrauensleute mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben die außerordentlich groß sind.

Kommunistisch-christlichsoziale Einheitsfront. Der „Kollinitscher Bot“, unser Grullisch-Landskroner Parteiblatt, veröffentlicht folgendes interessante Dokument:

An die Arbeiterschaft von Grullisch!
Die Teuerung steigt von Tag zu Tag. Die wichtigsten Lebensmittel sowie Gebrauchsgegenstände, die für jeden Arbeiterhaushalt unentbehr-

Tages-Neuigkeiten.

Chauvinistische Zepelinangst.

Daß der Oceanflug des „Z. R. III.“ in der tschechischen Presse entsprechend ihrer Einstellung zum „barbarischen“ Deutschland eine gehässige Würdigung finden werde, war vorauszusehen. Daß aber auch das Amtsblatt, die „Cestlovenská Republika“, diese technische Großtat zum Anlaß nehmen werde, um wieder einmal das Schreckgespenst des deutschen Militarismus an die Wand zu malen, mußte überraschen. Das offizielle Blatt eines Staates, der ein stehendes Heer von 150.000 Mann hat und jährlich Milliarden für den Militarismus aufbringen, sollte sich doch in einer Frage mehr Zurückhaltung anfertigen, die in dem entworfenen und reparationspflichtigen Deutschland schon längst von der Tagesordnung verschwunden wäre, wenn die Brutalität eines Poincaré und seiner Bewunderer den deutschen Nachbarn nicht wieder auf die Beine geholt hätte.

Die „Cestlovenská Republika“ muß zugeben, daß die Zerstörung der Zepelinwerft in Friedrichshafen an sich der Ausdruck herostratischer Vernichtungswut wäre. Aber — die Erinnerung an die deutschen Zepelinangriffe im Weltkriege gebietet, daß der Versailles Vertrag respektlos durchgeföhrt und die Weier vernichtet werden müsse. Der preussische Militarismus habe alle deutschen Errungenschaften in seinen Dienst gestellt. Diese militärische Vergangenheit der Zepeline könnte plötzlich wieder Gegenwart oder Zukunft werden. Besonders Frankreich, England und die nächsten Nachbarn Deutschlands hätten das zu befürchten.

Die Tschechoslowakei ist also wieder einmal in Gefahr. Der Militarismus hat zwar in Deutschland längst abgewirkt, die demokratischen Elemente im deutschen Volke bemühen sich mit aller Kraft, jedes Wiedererwachen des Militarismus im Keime zu ersticken, kein vernünftiger Mensch in Deutschland denkt an Wiedervergeltung — das hindert die „Cest. Republika“ jedoch nicht, der tschechoslowakischen Bevölkerung eine Gefahr einzureden.

Daß der Amerikaflug von der ganzen Welt als technische Großtat gefeiert wurde und auch jedem arbeitenden Deutschen als nichts anderes gilt, ist für das tschechoslowakische Amtsblatt nicht maßgebend. Es fürchtet den Konkurrenzkampf gegen die tschechische nationallistische Presse zu verlieren, wenn es nicht wieder einmal Völkerverehrung triebe. Die tschechische Chauvinistenpresse hat sich durch ihre gehässige Schreibweise über den „Z. R. III.“ jämmerlich blamiert. Die „Cest. Republika“ durfte da nicht zurückstehen: sie mußte von der Gefahr des preussischen Militarismus reden, weil der Militarismus des eigenen Landes sich noch nicht ganz sicher fühlt. Er fürchtet sich sogar vor den Fortschritten der Menschheit. Daß das Amtsblatt dadurch, daß es das deutsche Volk verächtliche, die Wertlosigkeit des eigenen Militarismus nachzuweisen sich bemüht, scheint ihm nicht bewußt geworden zu sein.

Nach der Landung.

Dr. Edener über die Fahrt. — Das Schicksal der Weerf in Friedrichshafen.

New York, 16. Oktober. (Funfpruch.) Nach einer offiziellen Aufstellung Dr. Edeners und des Kapitäns Klein betrug die Fluglänge des „Z. R. III.“ 5066 englische Meilen, die Flugdauer 81 Stunden 17 Minuten, die Durchschnittsgeschwindigkeit 62,35 englische Meilen, die höchste Höhe 3680 Meter. Ueber New York flog das Luftschiff in einer Durchschnittshöhe von 400 Metern. Die Betriebsstoffkosten waren bei der Landung noch ein Viertel voll, genügend für weitere 1800 Knoten. Dr. Edener erklärte, die drabstosen Wetterverhältnisse hätten es ermöglicht, den Störungsgebieten auszuweichen oder sie schnell zu verlassen.

Die aeronautische Kommission in Washington hat Dr. Edener und Kapitän Steele eingeladen, der heutigen Sitzung im Marineministerium. Beide werden inoffiziell über den Flug Bericht erstatten.

London, 16. Oktober. Reuter meldet aus Washington, daß annähernd 2.200.000 Dollar als deutsche Reparationszahlung an die Vereinigten Staaten gutgeschrieben würden, wenn das Luftschiff „Z. R. III.“ formell von der Regierung übernommen worden sei.

Berlin, 15. Oktober. (Wolff.) Der Vorstand des deutschen Industrie- und Handelsstages spricht nach dem Erfolge des „Z. R. III.“ die bestimmte Erwartung aus, die Werftstätte, in der die bahnbrechende Tat vollendet wurde, werde nicht zerstört werden, sondern weiter beitragen, die friedliche Vereinigung der Völker und die gemeinsame Arbeit am Wiederaufbau Europas und der Weltwirtschaft zu verwirklichen.

Paris, 16. Oktober. Das „Journal“ erfährt, eine französische Gesellschaft habe die Zepelin-Patente erworben, deren Benutzung jedoch vertragsmäßig an das Gelingen des Fluges des Luftschiffes über den Atlantischen Ocean gebunden war. Es könne nunmehr sofort mit der Herstellung begonnen werden.

Das Blatt erfährt, die deutsche Zepelinwerft in Friedrichshafen sei bereit, der französischen Regierung ein gleiches Luftschiff, wie es „Z. R. III.“ ist, auf Rechnung der Reparationen in natura zu liefern.

Berlin, 16. Oktober. Von deutschnationaler Seite wurde im Reichstage eine Anfrage eingebracht, in der im Hinblick auf die Meldungen, wonach Frankreich die Zerstörung der Friedrichshafener Zepelinwerft, der Modelle usw. verlangen wolle, die Reichsregierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um Deutschland die Zepelinwerfte zu erhalten und zugleich eine Wädigung der engherzigen interalliierten Luftverkehrsbestimmungen zu erreichen.

Die Beschuldigungen der „Deutschen Landpost“ gegen den „Sozialdemokrat“. Wie erinnerlich, hat die „Deutsche Landpost“ im Juli d. J. gegen den „Sozialdemokrat“ verschiedene Beschuldigungen erhoben, welche den Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei veranlaßten, die Redaktion des „Sozialdemokrat“ zu beauftragen, gegen die „Landpost“ die Ehrenbeleidigungsklage einzubringen. Die „Deutsche Landpost“ hat nun in ihrer gestrigen Nummer folgende vor Gericht vereinbarte Erklärung veröffentlicht:

Erklärung. In den Folgen unseres Blattes vom 3., 5. und 8. Juli d. J. haben wir über den Zusammenhang der Aufnahme von Inseraten der Großbanken in den nicht-kapitalistischen Blättern mit der sonstigen Stellungnahme derselben geschrieben. In diesen Artikeln erblidete die Redaktion des „Sozialdemokrat“ den Vorwurf der Bestechlichkeit. Wir erklären, daß diese Artikel lediglich eine kritische Behandlung dieser allgemeinen Frage bedeutet habe, daß es uns fern lag und daß wir keinen Anlaß hatten, weder die Redaktion noch ein einzelnes Mitglied derselben einer Bestechlichkeit zu beschuldigen. Insofern die Redaktion des „Sozialdemokrat“ durch diese Artikel beleidigt wurde, nehmen wir keinen Anstand, die diesbezüglichen Ausführungen dieser Artikel zurückzunehmen. Demgegenüber zieht die Redaktion des „Sozialdemokrat“ die in den Folgen vom 4. und 6. Juli d. J. gegen die Redaktion der „Landpost“ aus diesem Anlaß erhobenen beleidigenden Ausfälle zurück.

Auf Grund dieser Erklärung entfällt die weitere gerichtliche Verfolgung der Angelegenheit.

Ein Zwölfjähriger von einem Auto getötet. Das Prager Auto R. B. 972, das der Chauffeur Josef Veleta steuerte, überfuhr Mittwoch abend in Pilsen bei Karlsbad einen zwölfjährigen Knaben, der bald darauf verschied. Veleta wurde verhaftet, das Auto beschlagnahmt.

Böhmische Dukaten. Die Verwaltung des Goldbergwerkes in Roudna ließ in der Münzwerkstätte in Kremnitz aus in Roudna gewonnenem Golde Dukaten prägen, die nunmehr zu 90 Kronen frei verkauft werden.

Anläßlich des 70. Geburtstages Karl Kautskys bringt der Berliner „Vorwärts“ einen Festartikel über ihn und sein Werk. Das Blatt teilt mit, daß zum 70. Geburtstag des Altmeisters des internationalen Sozialismus eine Reihe von Schriften erschienen sind, die auch wertvolle Beiträge enthalten über die Forschungsmethoden Kautskys auf den verschiedensten Wissensgebieten. Die sozialistische wissenschaftliche Zeitschrift „Die Gesellschaft“, hat zu Ehren Kautskys ein 160 Seiten starkes Sonderheft herausgegeben, in dem Kautsky als Theoretiker und Führer der sozialistischen Internationale gewürdigt ist. Besonders reichhaltig sind darin die Beiträge, welche die Bedeutung Kautskys in den verschiedenen europäischen Ländern schildern. Sen. Gen. Johann Polach schreibt darin über die Tschechoslowakei. — Die „Rote Fahne“ bringt unter der Überschrift „Karl Kautsky zum Geburtstag“ einen diesen verhöhnenden Artikel, in dem sie unter anderem sagt: „Kautsky ist der echte Repräsentant der zweiten Internationale. Vom Epigonen zum Renegaten, das ist sein Lebenslauf.“ — Ein Wort der Kritik zu dieser „Wädigung“ erübrigt sich vollkommen.

Typhusepidemie in Solingen. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Solingen ist dort eine Typhusepidemie ausgebrochen. Nach Mitteilung der Stadtverwaltung in der Stadtverordnetenversammlung sind bisher 51 Erkrankungen zu verzeichnen, von denen vier einen tödlichen Verlauf nahmen. Die Erkrankungen sind wahrscheinlich auf den Genuß von ungelochter Milch zurückzuführen.

Ein Dollar Verdienst pro Minute. Wir lesen in unserem Milwaukee Bruderblatt: Daß es sehr profitabel ist, Anwälte reicher Korporationen zu sein, geht aus einer Verhandlung hervor, die dieser Tage in New York vor der zwischenstaatlichen Handelskommission stattfand. Es handelt sich darum, festzustellen, ob die von den Reorganisationsleitern und deren Anwälten in Verbindung mit der Reorganisation der Missouri-Kansas-Texas-Eisenbahn geforderten Gebühren den geleisteten Diensten entsprechend sind. Die Reorganisations-Manager verlangen 2.364.249 Dollar einschließlich 750.000 Dollar für Anwaltsgebühren. Alfred Jerecky von der Anwaltsfirma Sullivan und Cronwell sagte aus, daß er seit vierzig Jahren in Korporations-Angelegenheiten spezialisiert habe, und daß seiner Ansicht nach 500 Dollar per Tag (ungefähr 15.000 Kö) eine angemessene Bezahlung für die Dienste in Verbindung mit der Kansas-Missouri-Texas-Eisenbahn sei. Edward Cornell von Davies, Auerbach und Cornell erklärte, daß er seit dreißig Jahren ähnliche Dienste geleistet habe, und daß die geforderten Gebühren von 750.000 Dollar nicht zu hoch seien. Ähnlicher Ansichten waren die

übrigen Sachverständigen, natürlich alle Korporationsanwälte. Der frühere Bundes Senator O'Gorman soll 65 Dollar per Stunde oder 520 Dollar per Tag erhalten. Wonach sich Arbeiter bei ihren Lohnvereinbarungen demnächst richten mögen. Wobei sie den Unternehmer, dem sie ihre Arbeitskraft ausschließlich zur Verfügung stellen müssen, darauf aufmerksam machen dürfen, daß die Herren Anwälte zu gleicher Zeit mehrere Fälle schweben und mehrere Eifen im Feuer haben, die 500 Dollar Tagelohn also nicht die einzige Einnahme sind.

Schwaffer in Ostibirien: 400 Todesopfer. Bei der am Amur liegenden Stadt Nikolajewsk in Ostibirien, hat das Wasser infolge eines heftigen Gewitters zwei Dörfer überschwemmt. Hierbei kamen 400 Personen ums Leben. Es wurde großer Schaden angerichtet.

Neuer Dauerrekord für Aerostaten. Bei einem Wettbewerf für Aerostaten wurde in Moskau ein Dauerrekord von 23 Stunden 10 Minuten erreicht.

Eine ganze Familie ermordet. Ein fünfjähriger Knabe wurde in der Ortschaft Weicher bei Kulmbach (Preußen) aufgedeckt. Der 14jährige Bauer Heinrich Basel, seine 26jährige Ehefrau und deren drei Kinder wurden mit furchtbaren Wundstößen und teilweise mit abgeschrittenem Hals tot aufgefunden. Man nimmt an, daß es sich um die Tat eines Wahnsinnigen handelt.

Ein verjährter Mord. Der Landwirt Friedrich Schätzel aus Kurhaven gestand jetzt, daß er vor 26 Jahren seine Dienstmagd ermordet hätte, mit der er ein Liebesverhältnis hatte. Da er verheiratet war, fürchtete er bei Bekanntwerden des Verhältnisses Gerüchte mit seiner Frau und Familie. Es reiste in ihm der Plan, das Mädchen zu ermorden, und er erschlug es mit einer Gabel und vergab die Leiche. Der jetzt 54 Jahre alte Mörder war von Reue und Gewissensbissen gepackt worden, und, um endlich Ruhe zu bekommen, stellte er sich der Staatsanwaltschaft. Die Nachforschungen ergaben die Richtigkeit der Angaben des Mannes, der aber strafrechtlich für die Tat nicht mehr herangezogen werden kann, da sie verjährt ist.

Die Bevölkerung der Welt. In dem letzten halben Jahrhundert ist in der Volkszahl der einzelnen Kulturländer eine gewaltige Veränderung vorgegangen. Ungefähr stand Frankreich mit 38 Millionen Einwohnern als das volkreichste Land Westeuropas an der Spitze. Dann kam Deutschland mit 37 Millionen und Großbritannien mit 30 Millionen, während die Vereinigten Staaten eine Bevölkerung von 36 Millionen besaßen. Nach den neuesten Statistiken ist Frankreich weit zurückgeblieben. Es hat nur eine Million Einwohner mehr als vor 50 Jahren, während Deutschland trotz seiner Verluste durch den Versailles Vertrag mit 64 Millionen angesetzt ist, das Vereinigte Königreich von Großbritannien mit 49 Millionen. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist auf 110 Millionen gestiegen, hat sich seit 1800 verdoppelt, seit 1850 verdreifacht. Die Bevölkerung der ganzen Welt wird auf 1800 Millionen geschätzt, von denen 500 Millionen auf Europa kommen, 900 Millionen auf Asien, 200 Millionen auf Nord- und Südamerika, 150 Millionen auf Afrika, Australien hat nur mit Einschluß der Inseln des Stillen Ozeans etwa sieben Millionen.

Unterirdische Straßen in Chicago. Der starke Straßenverkehr, wie ihn die amerikanischen Städte aufweisen, hat in Chicago zu dem Versuch geführt, das Problem durch einen neuen Verkehrstyp der Lösung näherzubringen. Es handelt sich um die Führung eines doppelten Straßenzuges, eines oberen und eines unteren, mit anderen Worten, um eine Straße, unter der ein Tunnel läuft. Die obere Straße soll eine Breite von etwa 27 Metern erhalten und für den leichteren Verkehr bestimmt sein, d. h. für Fußgänger und Automobile, während die unterirdische Straße ausschließlich der Aufnahme der Lastfahrzeuge vorbehalten sein soll. Sie soll zu diesem Zweck in drei verschiedene Fahrwege eingeteilt sein: für schwere Lastkraftwagen und von Pferden gezogene Lastfahrwerke. An einer Spitze dieser Straße, die der Zuführung von Lebensmitteln dienen soll, wird ein zweieinhalb Meter breiter Fußweg angelegt, der zum Beladen und Entladen dienen soll. Auf der entgegengesetzten Seite soll ein breiter Weg von neun Metern laufen, der für den Verkehr vom Michigansee nach der Stadt reserviert bleibt. Der Bau der neuen Straße, die eine Länge von fast zwei Kilometern haben wird, wird einen Kostenaufwand von 22 Millionen Dollar beanspruchen. Infolge der größeren Schnelligkeit der Beförderung rechnet man auf eine Ersparnis von vier Millionen Dollar im Jahr.

Mörder Kapitalismus.

Neun Arbeiter durch Schwefelgas vergiftet. Ein schwerer Gasvergiftungsunfall ereignete sich in der Chemischen Fabrik Julius Jacob in Amundorf bei Halle a. d. S. Dort entwich infolge eines Versehens eines Arbeiters aus einem Apparat Schwefelwasserstoffgas, wodurch der Arbeiter eine Gasvergiftung erlitt und umkam. Hinzukommende Kameraden erlitten ebenfalls Gasvergiftungen. Neun von ihnen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Explosionsunglück in Offenbach.

In der Fabrik für photographische Bedarfsartikel G. A. Werke Dr. Krebs in Offenbach

Devisenkurse.

Prager Kurse am 16. Oktober.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden . . .	1334.00 0/100	1340.00 0/100
1 Billion Mark . . .	8.02.0	8.22.00
100 belg. Franks . . .	162.75.00	164.25.00
100 schwed. Franks . . .	650.50.00	653.50.00
1 Pfund Sterling . . .	152.30.00	153.70.00
100 Lire . . .	147.75.00	149.25.00
1 Dollar . . .	33.05.00	34.25.00
100 franz. Franks . . .	177.12.50	178.62.50
100 Dinar . . .	47.87.0	48.30.00
10.000 ungar. Kronen . . .	4.10.00	4.80.00
100 poln. Slos . . .	652.50.00	658.50.00
10.000 österr. Kronen . . .	4.71.00	4.91.00

hat sich, wie wir bereits kurz gemeldet haben, ein schweres Explosionsunglück ereignet. Die Blislichtabteilung ist aus bisher unbekanntem Gründen in die Luft geflogen und völlig zerstört worden. In dem Raum arbeiteten sechs Mädchen. Zwei Arbeiterinnen wurden schwer verletzt, eine ist bereits ihren Verwundungen erlegen. Drei weitere Verletzte liegen noch unter den Trümmern. Ueber die nähere Ursache des Unglücks war bis zur Stunde noch nichts festzustellen.

Durch den Abt in den Tod getrieben.

Dieser Tage berichteten wir darüber, daß in Graz der 62jährige ehemalige Pfarrer von Raasdorf, Sigil Köppl, von dem Abt des Montforter Ordens, dessen Mitglied Köppl war, in den Tod getrieben wurde. Der Abt hatte Köppl zuerst aus der Pfarre verdrängt und ihm dann jede Hilfe verweigert, als er sanatoriumsbedürftig wurde. Köppl mußte in Graz hungern, bis ihm die Verzweiflung den Revolver in die Hand drückte.

Die letzten Worte im Abschiedsbrieve des 62jährigen Selbstmörders lauteten:

„Der Herr Prälat wird sich natürlich reinwaschen wollen, aber gegen die Wahrheit kommt man nicht auf.“

Das ist nun prompt eingetreten. Im Grazer Blatt der Christlichsozialen veröffentlicht der Abt riesenlange Erklärungen, in denen er sich nach echt jesuitischer Manier aus der Affäre herauszuwinden versucht. Das Veritale Blatt selbst verjäumt es natürlich nicht, bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokratie zu beschimpfen und zu erklären, daß diese jetzt den Tod des Pfarrers ausföhren, ohne sich früher um ihn gekümmert zu haben. Unser Grazer Bruderblatt gibt dem christlichen Verleumdungsblatt gleich die richtige Antwort:

„Als Pfarrer Köppl vor mehreren Wochen bei uns erschien und uns sein Leid klagte, fragten wir ihn, wie er als Priester zu uns käme. Der Pfarrer antwortete, daß er niemandem anderen mehr traue und daß wir seine letzte Zuflucht seien. Wir wiesen ihn zuerst an den Priesterrechtsverein. Da antwortete Köppl: „Ach Gott, der ist doch nur dazu da, um politisch leistunglose Geistliche in der Öffentlichkeit reinzuwaschen, aber nicht um einen Geistlichen beizustehen, am allerwenigsten gegen Ungerechtigkeiten von oben.“ Köppl schilderte uns nun seine verzweifelte Lage und wünschte, wir sollen die Partherzigkeit des Abtes in einem Artikel im „Arbeiterwille“ darstellen. Wir empfahlen ihm den nichtsozialdemokratischen Rechtsanwalt Dr. Cich, der auch tatsächlich in selbstloser Weise für den Pfarrer eintrat, ihm 500.000 Kronen vorstreckte und dem Prälaten einen höflichen Brief schrieb. Erst auf das hin kamen zwei Geistliche von Admont und gaben dem Dr. Cich die 500.000 Kronen zurück. Dann kümmerte sich das Stifft aber nicht mehr um den Kranken und nach einigen Wochen mußte er wieder hungern.“

Nun erschien der Greis abermals bei uns und brachte uns seinen Abschiedsbrieve. Schluchzend erzählte er uns von der Hilflosigkeit und der Todesangst, die ihn umfassen habe. Wir halfen ihm abermals und trösteten ihn, doch lehnte der Arme jeden Trost ab und erklärte resigniert, nur der Tod könne ihn erlösen. Wir hatten den Eindruck, daß Köppl Selbstmordabsichten habe und boten nun alle Mittel an, um ihn zu retten. Wir läuteten sofort den Polizeikommissär auf und teilten ihm unsere Befürchtung mit. Köppl wurde in das Amt geladen und dort ist nach einer Untersuchung durch den Polizeiarzt ein Protokoll mit ihm aufgenommen worden. Am Nachmittag und am Abend läuteten wir die Polizei abermals auf und empfahlen, ein wachsames Auge für den Greis zu haben und den Prälaten zu verständigen, damit er durch die Polizei von dem Ernst der Situation erfahre, in der sich das Stifftsmittglied befand.

Tatsächlich beruhigte sich der Kranke auch durch die Intervention der Polizei, und er hoffte abermals, daß ihm nun Hilfe zuteil werde. Er ahnte auch, daß wir es waren, die besorgt um sein Schicksal, die Polizeiintervention herbeiführten, denn er schrieb uns am nächsten Tag einen rührenden Dankbrief mit dem Vermerk: „Dringend!“ Das Stifft tat aber nichts und läßt uns nun durch das „Volkswille“ beschimpfen, das trotz aller Verbrechen und Verdächtigungen mit keinem Wort in Abrede stellen kann, daß der geistliche Pfarrer die tausend Kronen, die er im Kriege für das Stifft als Kriegsanteile anlegen ließ, valorisiert zurückzahlen hätte sollen, und weil er nichts hatte, man ihm einfach die 304.000 Kronen Weingeld und Kleiderpaulschke abgab. Wir haben also nicht gefehlt, sondern nur geholfen, was in unserer Macht stand, und dann, als alle unsere Mühe an der Hilflosigkeit des reichen Stiftes gescheitete, diese Partherzigkeit bloßgestellt, die ein lebhaftes Echo selbst in Priesterkreisen erweckte, wie mehrere Zuschriften von Geistlichen an uns beweisen.“

Witterungsübersicht vom 16. Oktober. Mittwoch nahm die Bevölkerung in allen Teilen der Republik zu. Die Tagestemperaturen haben sich neuerlich gesenkt (Maximum in Böhmen und Mähren 15 bis 16 Grad Celsius). Besonders im nördlichen Böhmen war die Trübung in der Nacht auf Donnerstag von einer Milderung der Nachttemperaturen begleitet (Minimum in Prag 6, Ruffig 9 Grad Celsius). — Wahrscheinliches Wetter von heute: Ohne wesentliche Aenderung.

Boruch habo, Lubendorff is do!

Erich Lubendorff ist der völkische Führer. Er ist also selbstverständlich Antisemit bis ins Mark hinein. Das hat der General die letzten Jahre her immer und immer wieder nachdrücklich unterstrichen. Im Prozeß in der Infanterieschule erklärte Erich Lubendorff, er habe sich im Krieg und in der Nachkriegszeit gewissenhaft mit dem jüdischen Weltproblem beschäftigt und die Juden als Fremdkörper im deutschen Volk und als die Kriegsschuldigen erkannt.

Dah Lubendorff einmal anders gedacht hat, haben wir seinerzeit mit dem Aufruf nachgewiesen, denn er in echt estjüdischem Jargon an die Juden in Polen erlassen hatte. Der Herr General hat übrigens einmal recht treue Freundschaft mit den Tschuden gehalten. Das beweist, daß er am 1. April 1917 von dem Oberrabbiner in Warschau eine Einladung bekommen und angenommen hat. Die Einladung war jüdisch abgefaßt und hatte diesen Wortlaut:

Als Sie haben erklärt, Sie sind gekommen zu gaten als Freund zu die Jidden in Pausen, bitte ich Herrn General, dem unterzeichneten Oberrabbiner Salomon Nachmanes anzutun e Ehre, wie sie is noch nicht dagewesen in der Geschicht der Jidden zu Warschau und zu kinnen zu gain am Schabbes abend zu e Tischgericht mit polnischer Sauce, was wird sein selbst e Gemüß für den hochmögenden Herrn General.

Lubendorffs staatsmännischer Blick erkannte sofort, daß es notwendig war, dieser Einladung Folge zu leisten. Wie er es heute ausgeprägt versteht, in Bayern bayerisch, in Preußen preussisch zu sein, so verstand er es damals, in Polen die Seelen der Jidden zu suchen. Lubendorff wußte damals, daß er die Juden im Krieg brauchte und daß ein Oberrabbiner einen gewaltigen Einfluß auf seine Gemeinde hat, und da galt es, diesen für das Okkupationsgebiet auszunutzen.

Lubendorff erschien pünktlich am 1. April 1917, abends 6 Uhr, nachdem er sich vergewissert hatte, daß 5 Minuten vorher die Sonne untergegangen war, im Hause des Rabbi. Am Eingang wurde er von der Frau des Oberrabbiners mit den Worten empfangen: „Boruch habo“, der General is do! Lubendorff antwortete: „Gott mit Euch und der Jiddenschaft in Pausen und in der Welt!“ Darauf reichte er der Gattin des Oberrabbiners, einer älteren und runden Dame, die klassische Formen nicht mehr für eigen nennen konnte und die sich zu Ehren des Abends mit weißem Häubchen und weißer Halskrause geschmückt hatte, den Arm und führte sie an den gedeckten Tisch. Rechts neben der Frau des Oberrabbiners saß der General Lubendorff, links der Hausherr, rings herum die prächtigen Kinder, nach jüdischem Brauch vor der Mahle mit dem Studium des Talmuds beschäftigt. Erst als der Oberrabbiner in feierlichem Tone wiederholte: „Boruch habo, der General is do!“ klapperten sie die zerlesenen Talmudbände zusammen.

Während das Mahl aufgetragen wurde, unterhielt sich Lubendorff in leutseliger Weise mit den Familienangehörigen. Er fragte, was die beiden Herren auf dem Tische bedeuteten und ein zwölfjähriger antwortete ihm talmudisch geistreich: „Dah mög kommen Erleuchtung in den Herrn General!“

Vor Beendigung des Mahles nahm Lubendorff den Herrn vom Kopfe — getreu den Traditionen der Juden in Polen hatte er bedeckten Hauptes das Mahl eingenommen — und ergriff das Wort zu einer kurzen Rede, in der er ausführte, daß er erst jetzt erkannt habe, welche tiefere Sittlichkeit dem jüdischen Familienleben innewohne und welch grausames Unrecht der Pariaismus an den Juden in Polen begangen habe. Was er in seinem „Aufsatz an die Jidden in Pausen“ versprochen habe, werde er halten: Er sei und bleibe ein Freund der Juden.

Zu Freundschaft und Eintracht sollten fortan die polnischen Juden mit den deutschen Okkupationsbehörden zusammenleben und er werde sich ein Vergnügen daraus machen, den Wünschen der jüdischen Bevölkerung in jeder Weise entgegenzukommen. Er erwarte aber auch von dem Oberrabbiner, daß er seinen Einfluß auf die Juden in Polen geltend machen und ihnen erzählen werde, daß er, Lubendorff die erste Gelegenheit benutzte habe, dem Oberrabbiner in seinem gaslichen Hause die freundschaftlichen Grüße des deutschen Kaisers zu übermitteln. Er bat um Entschuldigung, daß er schon vor dem Tischgebete, zu dem sich die Familie rüstete, das Haus verlassen müsse, weil er noch wichtige Besprechungen mit dem Oberkommandanten von Warschau habe.

Lubendorff klopfte dem greisen Rabbi auf die linke Schulter, küßte der Hausfrau, die den General entsetzt ansah, die rechte Hand und verschwand schnell.

*) „Gesegnet sei der Kommende!“

Revolutionäre Taten eines Edelkommunisten.

Der „Vorwärts“ in Reichenberg als Organ der kommunistischen Partei hatte seit der Spaltung der Arbeiterbewegung nur eine Aufgabe, das Vertrauen in den Funktionären der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei durch unwahre, lügenhafte Berichte in der Presse bei der Arbeiterschaft zu untergraben. Besonders arg trieb es der „Vorwärts“, als Fritz Runge verantwortlicher Redakteur dieses Blattes war. Diese lügenhafte und verleumderische Berichterstattung des „Vorwärts“ führte zu einer ganzen Anzahl Prozeße gegen den „Vorwärts“ und seiner Redakteure. In allen Fällen, wo von Seite unserer Vertrauensleute gegen den „Vorwärts“ die gerichtliche Klage angestrengt wurde, erfolgte die Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs.

Ohne den Schatten eines Beweises

wurden diese Lügen und Verleumdungen in die Welt gesetzt, nur zu dem Zweck, um das Ansehen der Vertrauensleute bei der klassenbewußten Arbeiterschaft herabzusetzen. Diese Verleumdungen und Beschimpfungen im „Vorwärts“ richteten sich durch lange Zeit gegen die Person des Abg. Genossen Roscher, der gleichzeitig Chairman der Union der Textilarbeiter ist. In allen Fällen, wo durch Gen. Roscher der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Fritz Runge, gelobt wurde, hat er sich bei Gericht verurteilen lassen, und es war ihm unmöglich, nur den Schatten eines Beweises für die Lügen und Verleumdungen gegen Gen. Roscher zu erbringen.

Nur in einem Falle erklärte Fritz Runge, bei Gericht, daß er den Wahrheitsbeweis für die Lügen im „Vorwärts“ gegen Genossen Roscher erbringen wolle, aber auch in diesem einen Falle brach das ganze Lügengewebe des „Vorwärts“ wie ein Kartenhaus zusammen, und Runge ist der Gerichtete.

Am 31. August 1921 — also vor mehr als drei Jahren — veröffentlichte der „Vorwärts“ anlässlich des Grottauer kommunistischen Textilarbeiterstreikes zwei Artikel unter der Überschrift: „Heute Grottau, morgen das ganze Proletariat“ und „Gelbe Streikbrecher oder wie nennt man solche Leute?“, gegen welche der Gen. Roscher die Klage anstregte. Erst heute, also

nach mehr als drei Jahren

konnte dieser Prozeß ans der Welt geschafft werden und es soll im nachstehenden ausgeführt werden, welche mutige Rolle dieser revolutionäre Edelkommunist innerhalb dieser Partei gespielt hat.

Schon bei der ersten Schwurgerichtsverhandlung vor ungefähr zweieinhalb Jahren, als die Geschworenen schon ausgelost waren und die Verhandlung beginnen sollte, erklärte der angeklagte Runge, daß er für die Erbringung des Wahrheitsbeweises und der Ladung von Zeugen eine neue erliche Frist benötige und er ersuchte um die Vertagung der Verhandlung. Der Gerichtshof gab damals diesem Antrage statt und die Verhandlung wurde vertagt. Vor zwei Jahren im Herbst sollte neuerlich die Schwurgerichtsverhandlung durchgeführt werden, aber Runge war nicht zu erreichen, da er angeblich in Moskau weilte.

Bei der Schwurgerichtsverhandlung im Frühjahr 1923 hatte man endlich Herrn Runge nach vielen Schwierigkeiten erwischt, es konnte ihm die Vorladung zugestellt werden und die Verhandlung wurde für den 15. Mai anberaumt. Runge stellte an die Ratkammer des Kreisgerichtes in Reichenberg einen neuerlichen Antrag auf Vertagung der Verhandlung mit der Begründung, daß er in Berlin einen Posten habe, den er verlieren würde, wenn er zur Verhandlung erscheine, daß er die Absicht habe, einen sehr komplizierten Wahrheitsbeweis anzutreten, daß seine Anwesenheit bei der Verhandlung notwendig sei und übrigens werde er mit 1. Juli 1923 wieder in Reichenberg seinen Posten als Redakteur des „Vorwärts“ antreten. Bemerkte sei, daß Fritz Runge damals bei der internationalen kommunistischen Presseskorrespondenz in Berlin tätig war und sein Erscheinen zur Verhandlung ihm gewiß nicht die Entlassung eingetragen hätte, da er doch als Redakteur diese Lügen gegen Genossen Roscher, und zwar im Dienste der kommunistischen Partei verbreiten hatte. Auch hat Runge mit 1. Juli 1923 seinen Posten als Redakteur nicht angetreten und sein Antritt ist bis heute noch nicht erfolgt! Trotzdem hier eine offensichtliche Täuschung vorlag, für eine neuerliche Vertagung kein stichhaltiger Grund vorhanden war, hat die Ratkammer des Kreisgerichtes Reichenberg, ohne zu untersuchen, ob die Angaben der Wahrheit entsprechen, dem von Runge gestellten Vertagungsantrage stattgegeben. Gegen diesen unbegreiflichen Beschluß der Ratkammer des Kreisgerichtes in Reichenberg erhob der Gen. Roscher Beschwerde und die Folge war, daß die Ratkammer in Reichenberg ihren Beschluß aufheben mußte und die für den 15. Mai 1923 anberaumte und bereits abgehaltene Verhandlung auf den 23. Mai 1923 neuerlich festsetzen mußte. Fritz Runge war unterdessen verschwunden, trotz eifriger Suchens konnte ihm die Vorladung nicht zugestellt werden. Auch sein Rechtsanwalt wußte nicht (!), wo sich Fritz Runge aufhielt; aber beim internationalen sozialistischen Kongreß in Hamburg, welcher im Mai 1923 tagte, konnte man Fritz Runge als kommunistischen Ver-

richterstatter sehen. Um diesen Runge in den Gerichtssaal zu bringen,

damit er doch seinen Wahrheitsbeweis endlich antrete,

mussten Mittel angewendet werden, die sonst in der Geschichte der Ehrenbeleidigungsprozesse nicht üblich waren. Eines abends befand sich Fritz Runge mit einer Gesellschaft im Café Schienhof in Reichenberg. Der Konzipient des Rechtsanwaltes Dr. Baf, der Runge im Café Schienhof bemerkte, rief mitternachts 12 Uhr das Kreisgericht an, daß Runge im Schienhof ist, es möge ihm sofort durch einen Gerichtsdienner die Vorladung für die Verhandlung zugestellt werden. Gleich darauf, etwas nach 12 Uhr nachts, erschien der Gerichtsdienner mit der Vorladung im Café Schienhof und als er bei der kommunistischen Tischrunde, bei der Runge saß, fragte, welcher Herr Fritz Runge heißt, wurde ihm erklärt, daß kein Fritz Runge am Tisch anwesend ist. Nachdem sich der Gerichtsdienner dann bei anderen Gästen erkundigte, welcher von der Tischrunde Fritz Runge heißt und er wieder zum Tisch des Runge kam, hatte dieser mutige Fritz Runge bereits fluchtartig das Lokal verlassen.

Vor Beginn der Schwurgerichtsperiode im Herbst 1923 wurde gegen Fritz Runge ein Haftbefehl erlassen; Runge sollte, wenn er sich in Reichenberg zeigen würde, sofort verhaftet werden, damit ihm die Vorladung zugestellt werden könne. Trotz dieses Haftbefehles gegen Fritz Runge konnte man diesen „Kuraschier“ Redakteur nicht stellig machen, damit er endlich den „Wahrheitsbeweis“ für die Beschuldigungen gegen Genossen Roscher antrete. So ging auch diese Schwurgerichtsperiode vorüber, weil es Runge gelang, sich wiederum vor der Verantwortung im Gerichtssaal zu drücken und ihm die Vorladung nicht zugestellt werden konnte. Auch in der Schwurgerichtsperiode im Frühjahr 1924 konnte die Verhandlung nicht durchgeführt werden, da Runge den Nachstellungen des Gerichtes aus dem Wege ging. Jetzt erst im Sommer 1924, als Runge zum Militärdienst einrücken mußte, konnte er bei seinem Truppenkörper, wo ihm jedes Ausweichen unmöglich war, erwischt und ihm die Vorladung zugestellt werden.

Die Schwurgerichtsverhandlung wurde für den 17. Oktober 1924 festgesetzt und als Runge sah, daß jetzt ein Entrinnen nicht mehr möglich war, daß er für diese schweren Beschimpfungen und Verleumdungen gegen den Genossen Roscher den Wahrheitsbeweis antreten muß, fiel ihm das Herz in die Hosen und es wurde alles versucht, noch vor der Verhandlung einen

Ausgleich

herbeizuführen. Dieser Ausgleich ist durch das Entgegenkommen des Genossen Roscher perfekt geworden und dieser mutige Fritz Runge mußte sich verpflichten, eine

Ehrenerklärung

abzugeben — die wir an anderer Stelle des Blattes bringen — in welcher er bedauert, Genossen Roscher beleidigt zu haben und auch bekräftigt, daß alle im „Vorwärts“ gegen Genossen Roscher erhobenen Beschuldigungen Lügen und Verleumdungen sind! Runge verpflichtete sich weiter bei diesem gerichtlichen Ausgleich, daß diese Ehrenerklärung auf seine Kosten im „Sozialdemokrat“, im „Vorwärts“ und im Fachblatt der Union der Textilarbeiter veröffentlicht wird, außerdem hat Fritz Runge an Genossen Roscher die Prozeßkosten im Betrage von K 5000.— erlegt und weiter muß Fritz Runge die aufgelaufenen Gerichtskosten, welche annähernd K 2000.— betragen, ebenfalls bezahlen. Dieser Prozeß hat einen recht unerwünschten Abschluß für die kommunistische Partei und ihren verantwortlichen Redakteur gefunden. Der Genosse Roscher ist

vollständig rehabilitiert;

gerichtet ist der ehemalige verantwortliche Redakteur Fritz Runge und mit ihm die kommunistische Partei.

Der „Vorwärts“ bringt am Mittwoch, den 15. Oktober l. J. die Ehrenerklärung des Fritz Runge auf der letzten Seite und mit den kleinsten Drucklettern, damit jedenfalls die Leser die Ehrenerklärung übersehen sollen und damit die Schande kommunistischer Führer möglichst unbemerkt bleibe. Dieser Trick hat den verantwortlichen Machern im „Vorwärts“ nichts genützt, denn dieses unscheinbare Inserat hat besonders die Reugierde der „Vorwärts“-Leser gereizt und so ist diese Ehrenerklärung viel mehr gelesen worden, als es den kommunistischen Parteibonzen angenehm sein dürfte.

Es läuft noch ein Prozeß des Genossen Roscher betreffend die Verhaftung des Dr. Brunner. In dem betreffenden Artikel wurden die Genossen Roscher, Pohl, Schäfer, Macouin in der gemeinsten Weise im „Vorwärts“ beschimpft. Auch in diesem Prozeß wird die kommunistische Partei wie ein geprügeltes Hund den Gerichtssaal verlassen.

Nun richten wir einmal die Frage an die Arbeiter: „Was sagt Ihr Arbeiter zu einer solchen Handlungsweise, wie sie durch kommunistische Führer gegen Vertrauensleute der klassenbewußten Arbeiterschaft geübt wird? Die Geburtsheifer der kommunistischen Partei und ganz

besonders der deutschen kommunistischen Partei waren

Lüge und Verleumdung

gegen die Vertrauensleute der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei und auf diesem Fundament fußt der Bestand der kommunistischen Partei und ihrer Gewerkschaften. Bald wird der Tag kommen, wo auch der leichtgläubigste und der fanatisierteste Arbeiter dieses Lügengewebe durchschauen wird. Arbeiter, die noch Empfinden für proletarische Ehre haben, müssen sich mit Ekel und Abscheu von der kommunistischen Partei und auch von deren Gewerkschaften abwenden, die mit Lügen und Verleumdungen den Kampf gegen Vertrauensleute der klassenbewußten Arbeiterschaft führen.

Wirtschaft.

Erfolgreiche Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne.

Die gestrige Beratung in Prag zwischen den Vertretern der koalitierten Bergarbeiterverbände und dem Verbands der Grubenbesitzer über Regelung der Lohnverhältnisse endete erfolglos. Den Grubenbesitzern wird von den koalitierten Bergarbeiterverbänden ein ziffermäßiger Nachweis über die Lohnüberabsetzungen, den Lohnaufwand, Steigerung der Leistungen und Zeigerung der Lebensmittelpreise in den einzelnen Bezirken vorgelegt werden, worauf der Grubenbesitzerverband innerhalb einer Woche eine Erklärung abgeben wird. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird der Reichsregierung; der Grubenarbeiter vorgelegt werden, die am Freitag den 24. Oktober stattfinden.

Die Arbeiterbanken werden die Privatbanken in die Enge treiben. Einem aufschreienden Aufsatz in der amerikanischen Zeitschrift „The Nation“ (24. September) zufolge belausen sich die Kapitalanlagen der von den Gewerkschaften unterstützten Arbeiterbanken in Amerika bereits auf 130 Millionen Dollar. Ihren Statuten gemäß dürfen diese Banken höchstens 10 Prozent an die Aktionäre verteilen, der eventuelle Mehrertrag wird aber den Kunden der Bank, die ihre Kapitalien dort anlegen, vergütet. Die Privatbanken aber verteilen viel größere Dividenden. Im Jahre 1917 gab es 55 Privatbanken, die mehr als 50 Prozent Dividenden nach dem Aktienkapital verteilten. Im Jahre 1923 war die von 8238 nationalen Banken verteilte durchschnittliche Dividende 13 1/2 Prozent. Demzufolge stehen auch diese Aktienwerte im Kurs sehr hoch, durchschnittlich zweimal so hoch als ihr Nominalwert. Würden die Privatbanken ebenso wie die Arbeiterbanken nur 10 Prozent in Dividenden verteilen, so müßten sie den Einlegern jährlich nicht weniger als 125 Millionen Dollar zurückvergüten. Die Einleger werden deshalb die Arbeiterbanken bevorzugen und es zeigt sich auch bereits bei der Bank der Lokomotivführer, daß dort nur 14 Prozent der Einleger Lokomotivführer waren, während die übrigen Rechtsanwälte, Lehrer, Beamte, Angestellte und Kaufleute wegen der Vorteile für die Einleger ihre Sparkapitalien in die Arbeiterbank trugen. Das Publ. zum meint „The Nation“, zwischen den beiden Grundfragen wählen: hohe Dividenden für die Aktionäre oder Beteiligung der Einleger am Gewinn. Wird es sich umhin lassen die letzteren entscheiden, so müssen auch die Privatbanken zwangsläufig dem Beispiel der Arbeiterbanken folgen.

Die internationale Handelsorganisation der Genossenschaften. Aus den Verhandlungen der genossenschaftlichen Internationalen in Genf möchten wir die Kommissionarbeiten hervorheben, die die Vorbereitung einer internationalen Handelsorganisation der Genossenschaften zum Ziel haben. Es soll eine Einrichtung ähnlich einem internationalen Großverkauf geschaffen werden, welche die Genossenschaften auch im internationalen Warenverkehr vom Großhandel unabhängig machen soll. Damit in Verbindung soll eine internationale Bank gegründet werden, die das Warengeschäft erleichtern könnte. Beide Gründungen sind noch nicht zustande gekommen, aber an ihrer Vorbereitung wird weitergearbeitet.

Neue Baumwollländer. Die Verknappung und Verteuerung der Baumwolle in den letzten Jahren veranlaßte eine Anzahl überseeischer Länder sich dem Baumwollanbau zuzuwenden. Neben den Vereinigten Staaten waren es Ägypten und Indien, die den Baumwollbedarf der Welt deckten; in diesen beiden Ländern hat sich in den letzten Jahren die Anbaufläche für Baumwolle erheblich ausgedehnt. Letzten Jahres zufolge wurden im laufenden Jahre in Ind 12.713.000 Acres mit Baumwolle bepflanzt, 3 Prozent mehr als im vorigen Jahre. Eine Anzahl anderer Länder haben ihre Baumwollpflanzungen erweitert. In Südamerika ist das wichtigste Baumwollland Brasilien mit 1.800.000 Acres; die staatliche Unterstützung für die Baumwollpflanzung mußte aber in diesem Jahre infolge der schlechten finanziellen Verhältnisse des Staates unterbleiben. In Argentinien sind 225.000 Acres, in Peru 180.000, in Paraguay 120.000 mit Baumwolle bepflanzt. Die südafrikanische Union besitzt im Zukunfand ausgedehnte Baumwollpflanzungen. Die Beschaffenheit des Bodens ist hier außerordentlich geeignet. Mit dem Ausbau der Eisenbahn im Zukunfand soll zunächst eine halbe Million Acres Bodensfläche für den Anbau von Baumwolle gewonnen werden. Im afrikanischen Uganda wird der Baumwollanbau mit britischem Kapital stark gefördert.

Sehr große Weizenerte in Australien. Die Berichte über die Weizenerte Australiens, dieses wichtigen Weizengebietes, klingen sehr günstig. Vorwiegend wird diese wesentlich größer sein als die vorjährige und wird der Rekorderte 1920/21 nahestimmen. Nach Abzug des Eigenverbrauchs von 10 Millionen Bushel werden noch 100 Millionen zur Ausfuhr übrig bleiben. Allerdings wird das australische Getreide in steigenden Mengen von Japan und China verbraucht, zum größten Teil richtet sich jedoch die Ausfuhr nach England und Italien.

Gerichtssaal.

Ein völkischer Sadist.

Verzweiflungstal einer Verführten.

Ein Bild völkischer Verrohung entrollte eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Leipzig. Wegen Verbrechen nach § 176 war der völkische Lederwarenfabrikant Zweibarth aus Leipzig angeklagt, der sich an einem 16jährigen Mädchen vergangen habe. Am 21. Oktober 1923 begab sich die Arbeiterin Gertrud El. aus Gröblich von ihrer Arbeitsstelle nach dem Barischen Bahnhof, um nach Hause zu fahren. Als sie am Bahnhof ankam, war der Zug bereits abgefahren und das Mädchen ging nach der inneren Stadt zurück. An der Blindenstraße näherte sich dem Mädchen ein älterer Herr und erklärte ihr, daß er ebenfalls mit dem nächsten Zug nach Leipzig fahren wollte. Nur wollte er noch ein Paket bei seinem Freunde an der Unterverstärkung abgeben und ersuchte das junge Mädchen, sich ihm anzuschließen. Das Mädchen weigerte sich erst, gab aber dem Drängen nach und ging mit ihm an die Universitätsstraße. Dort angekommen, lockte er das Mädchen mit bis in die Wohnung seines angeblichen Freundes, jedoch das Mädchen bemerkte sofort nach Eintreten, daß es sich in Privatquartier des Fabrikanten befand. Sofort verschloß er die Türen und verurteilte das Mädchen zu vergewaltigen. Trotz ihrer Schamhaftigkeit wehrte sie den Wüstling ab, und da es ihm nicht gelang, sein Opfer zu zwingen, schlug er sie mehrere Male mit der Hundepeitsche auf den Arm und ins Gesicht, so daß das Mädchen blutunterlaufenen Stellen davontrug. Erst durch das Schreien der Telephonstube ließ Zweibarth von seinem Opfer ab. Da die Korridortüren verschlossen waren, eilte das Mädchen in ihrer Verzweiflung ans Fenster und sprang aus dem zweiten Stock in einen Kellerraum, wo es mit zerschmettertem Bein schwerverletzt liegen blieb. Erst durch das Hamern und ihre Hilferufe kamen Leute herbei, die das Mädchen in bewußtlosen Zustand dem Krankenhaus überführten. Jetzt liegt das Mädchen schon fast ein Jahr krank darnieder, das linke Bein ist am Knöchelgelenk des Fußes gebrochen und zerschmettert. An eine Heilung ist nicht mehr zu denken.

Das Mädchen ist durch den völkischen Wüstling Zeit ihres Lebens zum Krüppel geworden.

Das Schöffengericht in erster Instanz verhängte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und Bewährungsfrist. (1) Die Strafkammer hob das Urteil auf und verurteilte Zweibarth zu einem Jahr Gefängnis und Bewährungsfrist gegen Hinterlegung einer Summe von 5000 M. Die völkischen Schwelmeister sind milde Richter. Erst warnen und schänden sie Arbeitermädchen, dann wird ihnen auch noch Bewährungsfrist gewährt. Arbeiter aber, die in ihrer Verzweiflung sich einige Lebensmittel aus den Gütern holen und diese auch noch bezahlen, werden in Deutschland wegen Missetat und Landfriedensbruch auf Jahre ins Gefängnis geschickt. Dieses milde Urteil ist ein neuer Justizskandal für Sachsen und bedarf einer schnellen Revision.

Bildungsarbeit.

Neutrale Volksebildung! Den Mitgliedern unserer Partei ist vielleicht das Feserlied des Gewerkschafters Sieva auf unserem letzten Parteitag in Leipzig noch in Erinnerung. Er besprach den Aufgabenkreis der Volksebildungsbewegung gegenüber den Zielen der Arbeiterbildung, besprach die Gefahren der Verfallung der Volksebildung durch Herisole und völkische Strömungen und stellte dar, wie gerade planvolle Arbeiterbildung die Neutralität der Volksebildung ertrotzt. Es ist interessant zu beobachten, wie unsere aufstrebende Arbeiterbildungsbewegung tatsächlich diese Früchte bereits zeigt. Der Tätigkeitsbericht des Sonderausschusses für das gesamte Volksebildungswesen, den eben Professor D. Drehbansen erstattet und in der letzten Nummer der Verhandlungsberichte der deutschen Selbstverwaltungskörper veröffentlicht, schließt mit den Worten: „Nur durch eine nicht vom Staate abhängige, den politischen Parteien gegenüber streng neutrale Zentralstelle kann die öffentliche Volksebildungsarbeit dauernd gesichert und in die deutsche Selbstverwaltung für alle Zeiten eingebaut werden.“

Der Weg zum Buch. Unser Bodendacher Kreisbildungsausschuss steht vor der Herausgabe von Einführungen in die Welt der Bücher für proletarische Leser. Er wird in gewissen Zeitabschnitten stofflich geordnete Buchbesprechungen herausgeben und diese gleichzeitig mit einigen kurzen Bemerkungen über das Leben der Schriftsteller versehen. Die Besprechungen werden nach dem Sternsystem in die drei Gruppen: Dichtungen — Naturwissenschaft und Gesellschaftswissenschaften gegliedert. Die Güte der Bücher wird bezeichnet werden (a: abzuholen, e: empfehlenswert, ohne Zeichen: mittelmäßig). Die Ver-

Mitteilungen aus dem Publikum.

140 Margarinefabriken im „Butterlande“ Dänemark.

Aus dem „Neuen Tagblatt“ Stuttgart entnehmen wir: „Dah auch im Butterlande Dänemark der „Buttererfab“ immer mehr in Aufnahme kommt, geht aus den Veröffentlichungen des Kopenhagener Statistischen Bureaus über die vom Staate kontrollierten Produktionszweige hervor. Darnach bestanden sich im Jahre 1923 nicht weniger als 140 Margarinefabriken in Dänemark im Betrieb. — Es versteht sich von selbst, daß es sich in einem Lande von nur rund 3 1/2 Millionen Einwohnern dabei nur um kleinere und mittlere Fabriken handeln kann, aber es ist doch überaus charakteristisch für das butterproduzierende Dänemark, daß der Inlandkonsum zum sehr großen Teile mit der Margarine für sich nimmt, während die gute dänische Butter in Millionen Kilos exportiert wird.“

Die Statistik weist außerdem nach, daß im Lande Dänemark 17 kg. Margarine pro Kopf verbraucht wird, während bei uns in der tschechoslowakischen Republik auf den Kopf nur 1 kg. Margarine entfällt, obwohl es hier zum Beispiel die vorzügliche Vitello-Deiflole-Margarine gibt, die in jeder Beziehung der besten dänischen Margarine gleich kommt.

Der unserer Arbeiterbüchereien im Bodendacher Kreise, sowie die Ortsbildungsreferenten haben sich drei Wappen (D. G. R.) anzulegen und werden somit über Reueischeinungen stets unterrichtet. — Vielleicht greifen andere Kreisbildungsvereine und die Arbeiterbüchereien überhaupt diesen guten Gedanken auf.

Die Kuffler Arbeiterinfononzerte. Der Kuffler Kreisbildungsausschuss veröffentlicht eben das Programm des zweiten Jahrganges seiner Arbeiterinfononzerte. Das erste Konzert findet bereits am 22. Oktober l. J. statt und bringt unter der Leitung des jungen Dirigenten Josef Kröpfs Beethoven's Leonoren-Overtüre und die VIII. Sinfonie von Franz Schubert. Das Sinfoniekonzert im November leitet Rudolf Rilins (Wien). Zur Aufführung gelangen Sinfonien von Brahms, Schumann und Wagner. Im Dezember dirigiert Franz Höpflin (München). Im Jänner Paul Klenau (Wien), der ein eigenes neues Werk „Jahrmart in London“ zu Gehör bringen wird. Das Februar-Konzert (mit einem Concerto grosso von Händel) wird mit der Dirigentenkunst des Leipziger Drecher bekanntmachen, während für den März Leopold Reichow ein als Dirigent gewonnen wurde. Wiederum Kammermusikabende werden in einer zweiten Serie vorbereitet. Als Solisten wurden Fröh Brunner (Wien), Christa Richter sowie das Rosa-Quartett gewonnen. — Der Gedanke der Arbeiterinfononzerte hat sich durchgesetzt.

Der Film.

Quo vadis? (Electrafilm) Elenkiewicza historischer Roman ist wieder einmal verfilmt worden und sogar in Italien. Er wäre wahrscheinlich historisch echter, wenn er auf dem Tempelhofers Feld und nicht von dem Sohne des göttlichen Gabriele d'Annunzio, sondern von Ernst Lubitsch gefilmt worden wäre. So bleibt nur die Gestalt des Nero, durch Emil Jannings realistisch verkörpert, echt. Die übrigen (italienischen) Darsteller bleiben farblos, auch wenn sie wie die Hall-Davis (Lygia) sehr hübsch sind. Die römische Geschichte ist wieder einmal sehr populär interpretiert worden. Man erhält den Eindruck, daß im antiken Rom die Märanen überhaupt nur mit Menschenfleisch gefüttert wurden, daß das Leben ein einziges Bacchanal war und der Gegenjag von Christen und Heiden tatsächlich eine weltbewegende Rolle gespielt hätte. Die Aufnahmen sind zum großen Teil in italienischen Dörfern gemacht worden und die Tatsache, daß römische Häuser durch italienische dargestellt werden, soll wahrscheinlich den ununterbrochenen Zusammenhang der Kultur Italiens mit der des augustäischen Zeitalters beweisen. Trotz dieser Mängel ist der Film als Gesamtleistung recht gut geworden. Italienische Regie und Dramaturgen sind eben nicht sehr streuphaft. In unseren Breiten wird manches daher eine ungewollte komische Wirkung erzielen. Es lohnt sich dennoch, den Film anzusehen. Er ist keine Großtat, aber eine nützliche Leistung. —cl.

Kunst und Wissen.

Der Illusionist (Aufführung in der Kleinen Bühne). Die französischen Lustspiele und die Komödien Sascha Guitrys im besonderen haben vor dem deutschen Unterhaltungsspiel den Vorzug, daß sie nicht mehr, als sie tatsächlich darstellen, zu sein vorgeben. Sascha Guitry serviert den Pariser jede Saison ein leichtes Stück, Schaumgebäd, das man augenblicklich genießt, ohne einen längeren Eindruck zu behalten. Die Hauptrolle spielen bei diesen Stücken die Schauspieler. Die Rolle des Illusionisten könnte Direktor Kramer auf dem Leib geschrieben sein. Sie gehört in die Reihe seiner Lieblingsrollen aus dem Molnar- und Gaimar-Repertoire. Ein Tschentkünstler, der nicht nur „Präsidentat“, nicht nur ein Meister der Fingerfertigkeit ist, sondern durch stärkere Mittel, durch Worte und Bilde, durch die Geste und die ganze überzeugende Contenance vor und hinter den Kulissen seinem Publikum Illusionen macht. So leistet er ein Meisterstück, indem er einer schönen Frau den Traum einer märchenhaften Weltreise sugge-

riert. Auf die Nacht mit ihren Illusionen folgt ein Morgen der Enttäuschung für die Frau. Aber selbst am hellen Tage, da seine Tricks der bestiegen Frau offenbar werden, gelingt es ihm, sie nochmals in einem Netz von Worten zu fangen und das nächste, garstige Scheiden in die Illusion eines notwendigen und wegmütigen Abschieds zu hüllen. Als hübsche Kontrastwirkung zu diesem Meisterstück des Illusionisten das keine Abenteuer mit dem naiven Mädchen, die er nur einmal täuschen kann, die das zweitemal ein hohes Pfand fordert! Herr Kramer war überzeugend, er illusionierte im Stück und in dem etwas ausführlichen Varieteevorspiel mit Kartenkunststücken, englisch akzentuierten und französischen Worten dem Publikum seinen Illusionisten. Neben ihm waren VIII. Vader als Opfer des Illusionistenmeisters und Herr Balder als betrogener Liebhaber sehr gut. Reizend war Anita Schmidt als Tanzgirl. Die schönste die Rolle auch schauspielerisch bis auf die letzten Möglichkeiten aus. Ausgesprochen wäre, daß etwas zwei Varietee gemacht wurde. Die Inszenierung Max Liebs war flott und gelungen. In einer Zeit, in der soviel betrogen wird und die soviel enttäuscht, eine harmlos angenehme Komödie der Täuschungen. Für Augenblicke läßt man sich sogar illusionieren, daß Sascha Guitry ein Dichter sei. E. F.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag „Bar und Zimmermann“; Samstag Premiere „Balala“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr „Der Fuß“, abends Premiere „Gräfin Mariza“; Montag „Ariadne auf Naxos“; Dienstag „Don Juan“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Gastspiel Kramer „Der Illusionist“; Samstag „Der Fürst von Pappenheim“; Sonntag nachmittags um 3 Uhr „Die deutschen Kleinstädter“, abends Gastspiel Kramer „Der Illusionist“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Wigstadt. Dienstag, den 28. Oktober 1924 um 9 Uhr vormittags im Arbeiterheim in Wigstadt. Provisorische Tagesordnung: Berichte, Bildungsarbeit (Redner: Ein Genosse der Kreisverwaltung), Neuwahl der Bezirksleitung und Allfälliges.

KINO-PROGRAMM

Vom 17. bis 23. Oktober
LIDO BIO
„Es lebe der König“
mit Jackie Coogan.

BIO LUCERNA Telephone 1910 u. 4177.
Das herrlichste Werk der Kinematographie.
Cyrano de Bergerac
Die Komödie eines starken Helden.

Zum erstenmal erklingt diese Woche die monumentale amerikanische Orgel. Einzig in ihrer Art in Mittel Europa. Der Bau dieser Orgel hat 7 Monate gedauert. Einer der besten Orgelspieler Kapellmeister JOZKA CHALIVAT. — Da die hohe Kunst und der literarische Wert dieses Werkes anerkannt wurde, bewilligte das Zensurkorps für Jugendtheater den Nachmittagsvorstellungen den Zutritt.

BIO ORIENT Hybernská ul. Hotel Central. 2021
Vorspiel P. J. Calkovský Eugen Onegin.
Gaustranz-Weise Nr. 40.
Zwei Väterwäutchen.
Zweitaktiges Lustspiel.
Honors de Balzac:
Herzogin de Langeais.
Nach dem gleichnamigen Roman aus dem Buche „Historie des Dreizehnten“. Bearbeitet von Frances Marion, Regie Frank Lloyd. — 6 Akte. Hauptrollen Norma Talmadge, Conway Tearle, R. J. Moynihan.

Wran Urania-Kino 2076
Einziges deutsches Kino Prag.
Daddy, der kleine Bettelmusikant
mit JACKIE COOGAN.
Für Jugendliche zugänglich.

Wo vertehren wir?

Café Continental, 103 Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, 103 Prag-Retajanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smecny 22 (Urania). 1060

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Tägliche Konzerte in **PRAG II.,** Hybernská Nr. 2.

Café „Nizza“
Kgl. Weinbergo, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Ehrenterklärung.

Ich gefertigter Fröh Runge, ehemaliger verantwortlicher Redakteur der periodischen Druckschrift „Vorwärts“ in Reichenberg, habe im „Vorwärts“ in den Jahren 1921 und 1922 verschiedene Artikel veröffentlicht, in welchen Abgeordneter Anton Roscher an seiner Ehre verfehlt wurde. Es sind dies besonders nachstehende Artikel:

In der Nummer 203 des „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 31. August 1921 auf Seite 1 und 2 unter der Aufschrift: „Deute Grollan, morgen das ganze Proletariat!“

in derselben Blattfolge auf Seite 2 und 3 unter der Aufschrift: „Gelbe Streikbrecher — oder wie nennt man solche Leute?“

in der Nummer 141 vom 18. Juni 1922 unter der Aufschrift: „Ein letzter Racheakt“

in der Nummer 297 vom Sonntag, den 18. Dezember 1921 auf Seite 3 unter der Aufschrift: „Textilarbeiter, was sagt Ihr dazu?“

in der Nummer 299 vom 21. Dezember 1921 auf Seite 5 unter der Aufschrift: „Rühmlich“ und auf Seite 6 „Herr Roscher als Wohlthäter“

Ich bedauere hiermit, Herrn Anton Roscher in diesen Artikeln beleidigt zu haben, gebe ausdrücklich zu, daß diese Artikel der Wahrheit nicht entsprechen, insoweit sie Herrn Anton Roscher unehrenhafter Handlungen und Charaktereigenschaften bezichtigten, ich gebe vielmehr zu, daß die in den vorgenannten Artikeln wider Anton Roscher enthaltenen Beschuldigungen jeder Grundlage entbehren.

Ich leistet John Herrn Anton Roscher Abbitte.

Reichenberg, 14. Oktober 1924.

5160 Fröh Runge.

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak, Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert, Druck: Deutsche Zeitungs- u. G. Prag Für den Druck verantwortlich: O. Sella.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.



Onkel Bobby

hat einen Film aufgenommen, um allen Leuten zu zeigen, mit welcher Sauberkeit die vorzügliche

VITELLO

Delikates-Margarine

hergestellt wird.

Wer diesen Film gesehen hat, wird überzeugt sein, daß jedes Vorurteil gegen

VITELLO

gänzlich unbegründet ist.

Nur

VITELLO

gleicht der feinsten Teobutter!

VITELLO

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.
Verlangen Sie daher nur
Kalla's Fischkonserven
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Insertieren Sie im Sozialdemokrat!